

Bezugspreis: Vierteljährl. 10,50 RM, monatl. 3,50 RM. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 3,50 RM, zzgl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 RM, für das übrige Ausland 10,75 RM, bei täglich einmal Zustellung 8,75 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, eingeschrieben in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll u. Feil“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kompartimentszeile kostet 1,50 RM, Zuerstausdruck 60%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 75 Pfg., zulässig zwei jetztgedruckte Worte, jedes weitere Wort 50 Pfg., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zuerstausdruck 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 RM die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bezahlung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 11. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 11753-54.

Am Ende des Metallarbeiterstreiks.

Der Prüfstein.

Wir gehören nicht zu denen, die ihre Augen vor dem stetigen Fortschritt der politischen Entwicklung verschließen. Wir erkennen an, daß seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung auf fast allen Gebieten der Gesetzgebung ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden ist.

Auf einige sehr wichtige Gebiete trifft dies jedoch nicht zu, und unter ihnen befindet sich vornehmlich eins, das wir und mit uns die gesamte deutsche Arbeiterschaft für dasjenige hält, auf dem eine durchgreifende Reform ganz besonders dringend ist und eigentlich längst hätte erfolgen müssen. Es ist dies das große Gebiet der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung, auf dem die Gesetzgebungsarbeit noch völlig in den Anfängen steht und namentlich in bezug auf die Schaffung von Arbeitervertretungen anscheinend gar nicht vom Fleck kommen will.

Am Sonntag hat sich zum ersten Male der Tag geföhrt, an dem das Proletariat das politische System des alten Obrigkeitstums zerbrochen hat, aber die Erwartung, daß auf wirtschaftlichem Gebiet ebenfalls in kurzer Zeit das Zeichen der Demokratie aufgerichtet und mindestens in den Betrieben die Alleinherrschaft der kapitalistischen Unternehmer beseitigt würde, hat sich bisher nicht erfüllt.

Nach der in Weimar beschlossenen Verfassung steht zwar fest, daß die Arbeiter und Angestellten in allen Betrieben sowie für das gesamte Reich und seine einzelnen Wirtschaftsgebiete gesetzliche Vertretungen erhalten sollen, aber durchgeführt ist hiervon noch nichts und auch die hierzu nötigen Gesetzentwürfe sind mit einer einzigen Ausnahme der Nationalversammlung noch nicht vorgelegt worden. Um so größer ist unser Erstaunen darüber, daß, wie man jetzt leider annehmen muß, auch dieser eine in den Händen der Nationalversammlung ruhende Entwurf, nicht sobald zur Verabschiedung kommen wird, weil die bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten machen.

Vor fünf Wochen hat der sozialpolitische Ausschuss der Nationalversammlung die Beratung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte begonnen. Am 7. Oktober hat der Reichskanzler erklärt, daß die Mehrheitsparteien sich über den wesentlichen Inhalt des Gesetzes geeinigt hätten. Hiernach mußte erwartet werden, daß die Kommissionsberatungen sich sehr glatt abwickeln und der Dringlichkeit der Angelegenheit entsprechend einen raschen Verlauf nehmen würden.

Das ist aber durchaus nicht der Fall. Nach den spärlichen Berichten, die der Presse bisher zugegangen sind, hat der Ausschuss nur erst die organisatorischen Fragen erledigt. Es scheint, daß danach bei der Auseinandersetzung über die Aufgaben der Betriebsräte die Verhandlungen ins Stocken geraten sind. Der Grund hierfür wurde offenbar, als dieser Tage ein führendes Mitglied der demokratischen Partei, der frühere Reichsminister Gothein, im „Berliner Tageblatt“ einen Aufsatz über „Unannehmbares im Betriebsrätegesetz“ veröffentlichte. In diesem Aufsatz werden die Bahnen von Arbeitern in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften, die Vorlage der Bilanz und das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung von Arbeitern und Angestellten als unerträglich für die Unternehmer und deshalb unannehmbare bezeichnet.

Es erhebt sich die Frage, ob diese Dinge nicht zu dem wesentlichen Inhalt des Gesetzes gehören, über den nach Aussage des Reichskanzlers eine Einigung der Mehrheitsparteien stattgefunden hat. Oder ist die Einigung vielleicht erfolgt, ehe die Demokraten wieder in die Regierung eingetreten sind, und erblicken diese nun ihre Aufgabe darin, die erfolgte Verständigung im Wege der Ausschussverhandlungen zu sabotieren?

Nach Gothein wollen die Demokraten zwar zugeben, daß die Arbeiterschaft künftig ein gleichberechtigter Faktor im Arbeitsverhältnis werden und das selbstverständliche Recht erhalten soll, die Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren, die Wohlfahrtseinrichtungen mit zu verwalten und dergleichen mehr, im übrigen aber soll alles beim alten bleiben. Das heißt, die wirtschaftliche Lage der Betriebe und die Disposition über den Ausbau und die Führung der Unternehmungen soll auch weiterhin die unbeschränkte Domäne derjenigen bleiben, die zufällig im Besitz der Produktionsmittel sind.

Wir wissen nicht, ob Gothein ernstlich glaubt, daß die Arbeiter sich mit einer derartigen Lösung zufrieden geben würden. Als ehemaliges Mitglied des ersten Kabinetts der

Die Metallarbeiter für Arbeitsaufnahme.

Der Metallarbeiterstreik geht zu Ende. Die bisher stattgefundenen Abstimmungen lassen keinen Zweifel darüber. Die Streikleitung gibt das in folgendem Bericht offen zu:

Das bisherige Ergebnis der Abstimmung läßt erwarten, daß die Arbeitsaufnahme beschloffen wird.

Alle Streikenden und Ausgesperrten werden ersucht, sich am heutigen Vormittag in ihren Streiklokalen zu melden.

Die Streikleitungen sind ermächtigt, in allen Betrieben die zur Wiederaufnahme der Arbeit notwendigen Vorarbeiten (Feizer, Maschinisten sowie sonstigen Notstandsarbeiter) sofort vornehmen zu lassen.

Die Fünfzehnerkommission. Das Metallarteil.

Von einzelnen Firmen liegen Maßregelungen gegen Betriebsleute der Metallarbeiter vor. Mit der Begründung, die Arbeiter verhebt zu haben, werden diesen die Entlassungspapiere zugestellt. Wir halten dieses Vorgehen der Unternehmer — ganz abgesehen davon, daß Versprechungen vorliegen, daß keine Maßregelungen stattfinden sollen — für sehr bedenklich. Man muß sich klar darüber sein, daß Maßregelungen die Leidenschaften aufwühlen und daß dadurch die Ruhe im Betrieb, die Voraussetzung für eine gedeihliche und rentable Betriebsführung ist, in Gefahr gebracht wird.

Verbot der „Vossischen Zeitung“.

Ähnlich wird mitgeteilt: Im Montag-Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ schreibt deren Chefredakteur Georg Bernhard, nachdem er die formelle Berechtigung Frankreichs, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzubehalten, anerkannt und die Zurückbehaltung bei mehr objektiven Denken als durchaus verständlich erklärt hat, folgenden Satz: „Der Erfolg ist, daß die deutsche Regierung, die gerade in der Befangenheitsfrage ein unerhörtes Maß von Schuld gegen die eigenen Landesfinder auf sich geladen hat, die ganze Schuld allein auf Frankreich abwälzt.“

Die Behauptung schließt ein solches Maß bewusster Verleumdungen in sich und enthält eine so ungeheuerliche Beschimpfung, daß die Reichsregierung einstimmig beschlossen hat, diesen Landesverrat grenzende Unwahrheit zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und damit an den Pranger zu stellen. Die „Vossische Zeitung“ hat die äußerste Aufregung in die Hunderttausende von Angehörigen der Kriegsgefangenen getragen und die innere Ordnung aufs schwerste gefährdet, ihr Erscheinen ist daher nach dieser Verantwortungslosigkeit auf 3 Tage untersagt worden.

neuen deutschen Republik mühte ihm doch bekannt sein, daß die Forderungen der Arbeiterschaft sehr viel weiter gehen und daß die Befugnisse, die das Reichsarbeitsministerium den Betriebsräten zugeordnet hat, nur ein Mindestmaß von Rechten darstellen, die ihre volle Bedeutung erst im Zusammenhang mit den Aufgaben der sachlich zu gliedernden Betriebsarbeiterräte und dem als Krönung des Gebäudes gedachten Reichsarbeitserrat erlangen können.

Gothein gibt selbst zu, daß erfahrene Angestellte und Arbeiter recht wertvolle Aufsichtsratsmitglieder sein können, und an anderer Stelle sagt er, daß „vor völlig zuverlässigen Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeiter alles ruhig verhandelt“ werden kann. Ja, wozu dann also das Gesetz? Daß die Vertreter der Arbeiterschaft nicht sofort „erfahrene“ Aufsichtsratsmitglieder sein können, ist selbstverständlich und schließlich nicht ihre Schuld. Aber Erfahrungen können erworben werden, und nichts berechtigt vorläufig zu der Annahme, daß die Arbeiter der hierzu nötigen Fähigkeiten ermangeln. Andererseits steht heute schon fest, daß sie in sozialer Hinsicht und wahrscheinlich auch in mancher wirtschaftlichen Frage über Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die den Kapitalvertretern im Aufsichtsrat regelmäßig zu fehlen pflegen. Und gerade darauf kommt es an, daß diese Einseitigkeit, die ein Kennzeichen der alten Wirtschaftsweise war, behoben wird. Die soziale Republik kann nur verwirklicht werden, wenn nicht nur in der großen Politik, sondern vom Einzelbetrieb aufwärts im gesamten Wirtschaftsleben alles Geschehen mit sozialen Gedanken erfüllt wird.

Es mag auch zutreffen, daß den Arbeitern größtenteils das Verständnis für die Neubildung von Kapital- und Produktionsmitteln und für manche anderen Fragen, die zum Aufgabenkreis der Aufsichtsräte gehören, noch abgeht. Doch gilt auch hier das alte Wort, daß die Praxis in der Regel die beste Lehrmeisterin ist. Ueberdies erinnert Gothein

selbst daran, daß in den Gründerjahren auch die Unternehmer auf diesem Gebiet viel versäumt haben und daß sich diese Versäumnisse damals als ein schweres Unglück, nicht nur für die beteiligten Unternehmungen, sondern für das ganze Volk erwiesen haben.

Also sind auch die Unternehmer erst durch die Erfahrungen klug geworden, und es nicht einzusehen, was sie veranlassen könnte, nunmehr in den alten Fehler zurückzufallen, weil künftig eine Minderheit von Aufsichtsratsmitgliedern — und nur um eine Minderheit von Aufsichtsratsmitgliedern handelt es sich — den Arbeiterkreisen entnommen werden soll.

Es wäre etwas anderes, wenn der Widerspruch der Unternehmer und ihrer Anwälte in den bürgerlichen Parteien nicht grundsätzlicher Natur wäre, sondern sich nur gegen die geplante Form der Ausführung, also etwa dagegen richtete, daß die Aufsichtsratsmitglieder der jeweiligen Arbeiterschaft der in Betracht kommenden Betriebe entnommen werden sollen. Hierüber wäre immerhin eine Meinungsverschiedenheit möglich. Auch in unserem Lager gibt es eine Richtung, die es für richtiger hält, wenn derartige Delegationen nicht von unten — aus den Einzelbetrieben — sondern aus den höheren Mitgliedern des Ratesystems, also etwa aus den Fachabteilungen der Bezirksarbeiter- und Wirtschaftsräte erfolgen würden. In einem wie im anderen Falle bleibt aber das Ziel das gleiche: die Alleinherrschaft der Kapitalvertreter im Wirtschaftsleben muß gebrochen werden.

Sind die Demokraten, deren Wählererschaft doch auch in der übergroßen Mehrzahl aus Arbeitnehmern besteht, in diesem Ziele mit uns einig, so wäre nicht zu begreifen, warum über den geeigneten Weg zu seiner Erreichung keine Verständigung zu erzielen sein sollte. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß zunächst einmal die grundsätzliche Ablehnung, wie sie Gothein vorzieht, aufgegeben und dafür die Erörterung geeigneter Änderungsvorschläge, die jedoch keine Minderung des Arbeiterinflusses enthalten dürfen, ermöglicht wird.

Daß die Vorlegung der Bilanz eine „geradezu ungeheuerliche Forderung“ ist, kann nur jemand behaupten, der hiermit, wie der Abgeordnete Gothein es tut, den Gedanken einer Offenbarung sämtlicher Geschäftsgeheimnisse verbindet. Das ist jedoch nur ein Phantasiegebilde, das dem aufgeregten Gemüt einzelner, um ihren Profit besonders besorgter Kapitalisten entsprungen sein dürfte. Bisher ist von keiner Seite verlangt worden, daß den Betriebsräten Kundentlisten, Bezugsquellenregister und ähnliche in gewissen Fällen als Geschäftsgeheimnisse anzusehende Aufzeichnungen vorgelegt werden sollen. Der Verrat von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen ist bekanntlich eine sehr alte Erscheinung, die schon in früherer Zeit die verschiedensten Zweige unseres Wirtschaftslebens heimgesucht hat. Niemand hat das Recht, im Vorhinein der Arbeiterschaft den Vorwurf anzuhängen, daß ihre ausgewählten Vertrauenspersonen sich in dieser Hinsicht als unzuverlässig erweisen würden. Viel mehr verdient verdient unzerstört die Beforgnis der Arbeitnehmer, daß die Wahrung von angeblichen Geschäftsgeheimnissen von den Unternehmern als Vorwand benutzt werden wird, um den Betriebsräten Kenntnisse vorzuenthalten, auf die sie nach dem neuen Gesetz einen unzweifelhaften Anspruch haben würden.

Schließlich noch ein Wort zum Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, an dem die Angestellten besonders interessiert sind, und das angeblich sowohl von den Sirich-Dunderschen wie von den christlichen Arbeiterorganisationen abgelehnt wird. Wenn hier auf das unbedingte Verhalten verschiedener unabhängiger und kommunistischer Betriebsräte verwiesen wird, so übersteht diese Argumentation vollkommen, daß alle diese Fälle — wenigstens soweit sie bekannt geworden sind — nicht die beachtlichste richtige Anwendung des Mitbestimmungsrechts darstellen, sondern seinen offensichtlichen Mißbrauch, und zwar unter Vorlegung gerade derjenigen Grundsätze, die in der Regierungsvorlage für die Mitwirkung bei Einstellungen aufgestellt sind. Sie beweisen also nichts oder höchstens das Gegenteil, nämlich, daß eine gesetzliche Regelung dieser Materie, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, im Interesse aller Teile, das heißt der Arbeitgeber ebenso wie der Arbeitnehmer — und zwar der Arbeitnehmer ohne Unterschied der Richtung — dringend notwendig ist.

Dem das wird und doch niemand einreden wollen, daß diejenigen, die heute in terroristischer Weise das Mittel des Einspruchs gegen die Beschäftigung von Arbeitskollegen zum Kampf gegen politische oder gewerkschaftlich Andersdenkende benutzen, auf diese Ungehörigkeit künftig verzichten werden,

wenn von der beabsichtigten gesetzlichen Regelung des Ein-
spruchsrechtes abgesehen wird. Zu erwägen wäre daher
höchstens, ob die Vorschläge der Regierungsvorlage ausreichen
oder ob nicht vielmehr noch Erweiterungen zugunsten der
Arbeiterangelegenheiten angebracht sind.

Das Gesetz über die Betriebsräte ist ein
Prüfstein. An der Gestaltung dieses Gesetzes wird die
Arbeitschaft erweisen, wie stark im neuen Deutschland die
Kräfte sind, die aus der demokratischen Republik eine
soziale Republik machen und in stetiger Weiterentwicklung
dem wirtschaftlichen Sozialismus den Weg bereiten wollen.
Dah die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung
diese Bedeutung des Gesetzes kennt und keinem Kompromiß,
das eine Minderung der Arbeiterrechte bedeutet, ihre Zusam-
mung geben wird, ist uns gewiß.

Gibt die Gefangenen frei!

Die deutsche Regierung hat in Paris der französi-
schen Regierung folgende Note überreichen lassen:

Am 29. August d. J. wurde durch eine amtliche Veröffentlichung
der Agentur Havas mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten
Regierungen sich entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkraft-
tretens des Friedensvertrages, soweit er den Rücktransport der
deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzubereiten. Hinzugefügt
war, daß die Vorbereitungen zum Rücktransport unvor-
züglich beginnen würden. Die Heimkehr der in ameri-
kanischer, belgischer und italienischer Hand befind-
lichen Kriegsgefangenen setzte seit dieser Zeit ein. Sie hat im all-
gemeinen einen normalen Verlauf genommen, während sich gleich-
zeitig, wenn auch infolge des bestehenden Mangels an Schiffraum
nur langsam, die Rückkehr der Deutschen aus der Gefangenschaft in
überseeischen Ländern vollzieht und vorbereitet.

Die französische Regierung allein verfügt

den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat sich zwar
auf das Drängen der deutschen Regierung und die warme, rein
menschlichen Empfindungen entspringende Fürsprache des inter-
nationalen Komitees vom Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden,
daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen unmittelbar
nach der Ratifikation des Friedens durch Frankreich be-
ginnen solle. Frankreich hat ratifiziert. Der Friedenszustand
für Frankreich ist durch amtliche Erklärung hergestellt und damit
der Zeitpunkt für die Erfüllung der Zusage gekommen.

Noch immer aber warten

die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf die Rückkehr der
Gefangenen, ja sogar auf eine auch nur annähernde Angabe über
den Zeitpunkt, wann darauf gerechnet werden kann.

Auf niemand können diese Leiden von über 400 000 Men-
schen, die zum Teil seit langen Jahren das bittere Los der Ge-
fangenschaft tragen, ihren tiefen Eindruck verlassen. Der zweite
Winter seit Ausbruch der Feindseligkeiten rückt
mit seiner Härte und Entbehrung heran. Die in den Lagern Frank-
reichs zurückbleibenden Gefangenen haben ihre glücklicheren, aus
amerikanischer, belgischer und englischer Gefangenschaft der Frei-
heit zurückgeführten Kameraden an sich vorbeiziehenden sehen müssen,
ohne selbst auch nur einen schwachen Ausblick auf die Stunde ihrer
Befreiung zu erhalten. Das Werk der Barmherzigkeit und

Zermentierung an Seele und Körper

ist an vielen Tausenden in den seit Abschluß des Waffenstillstandes
vergangenen Monaten in täglicher Erwartung des Friedens voll-
endet worden und fordert mit jedem Tage neue Opfer. Wer sich
nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, braucht
nur die Briefe der Gefangenen zu lesen, aus denen in ergreifender
Weise die endlose Qual enttäuschter Hoffnungen spricht.

Man darf sich über die unheilvollen Wirkungen nicht täuschen,
die diese Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich für das
Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Ver-
treter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden und Ge-
legenheit haben, die Stimmung im Lande zu ermitteln, können die
französische Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß
die weit über die Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen
hinaus

Konzert-Umschau.

Von Dr. Kurt Singer.

Durch die Erinnerung dieser Konzerte liegt hell und klar
ein reiner, voller Dreiklang. Eine Frau gibt den Grundton an:
Gmami Reissner. Mit ihrem pompösen Alt umfängt sie engenhaft
unser Ohr, und in der Seele haften der Nachklang von fernem
Weibe, Inbrunst, Ergriffenheit. Alt-italienische Arien des 16.
bis 18. Jahrhunderts werden in diesem Grunde zu eindringlicher
Stimmung, nicht erarbeitet und alles empfunden, nichts erachtet
und alles ausgebeutet mit einer wahrhaftigen, von innen her be-
wachten Kraft. Und so verschreibt sie sich das ihrer Stimme adäquate
Instrument, die Orgel, wie zu einem Bettstreu, in dem sie Siegerin
bleibt. Vieder von Johann Wolfgang Brand: Der kalte Saal wird
zum Tempel. Nicht anders bei Fritz Busch. Er geht das virtu-
ose Konzert des Ungarn Joachim, dessen Jugendzeit in ihm leben-
dig geworden scheint. Mit hellem Gitter, dennoch die Grenze des
Schönen nicht überschreitend, in jugendlichem Feuer, das die
Füßchen eines Satz-Geräts nicht zerläßt. Ein wunderbarer,
ein flüssiger Geiger. Und die letzte große Erinnerung: Julia
Culp. Ihr nicht sehr ergiebige, nicht einmal absolut schönes
Organ steht im Banne eines Kunstwillens, der jede Phrase leitet
und jede Note führt. Die und da taucht aus den Quellen ihrer
Musikalität ein Gebilde auf, das von einer minutiösen technischen
Durcharbeit gar zu deutlich erzählt, das dem Ueberlegten zu weich,
dem weiblich Empfindenen zu wenig Tribut zahlt. Aber in
Schumanns Cosmos „Frauenliebe und Leben“, welche wunderbar
aufgebaute Welt des Schönen, Leidens, welcher satte Ausdruck
von Schmerz und Wehmüt, welche eine einheitliche Stimmungslinie!
(An den Händen können sich die Begeisterten, werden in
ihrer professionellen Phalanx mit Geräusch, Bewegung und Opern-
glanz die Auswirkung des antipathischen Geistes eines Robert
Schumann und machen das Eindringen in diesen Saal zur
Lebensgefahr. Wo bleibt die Verwaltung, die Direktion, die
Führer und Gesundheitspolizei!)

Vom reinen Dreiklang fort zum alterierten. Schnabel,
Fisch, Becker, die besten Ensemble-Spieler der Reichshaupt-
stadt, geben ein altes Trio von Volkmann, Op. 8, heraus, das
eben nur gut klingt, das aber in seiner melodischen Einfachheit selbst
an dieser Stelle nicht mehr festhalten kann. Besser kletzt das
Fremdschloß-Quartett den Abend ein: mit einem Manu-
skript von Wilhelm Kempff. Hier ist Musikalität und Hoffnung,
ein schwer liegendes Präludium eröffnet Stimmungsvoll ein
steuerechtes, mit flüssigen Tönen vermisches Presto läßt in
der Fertigkeit des Zuhers vergessen, daß die Erfindung schon ist,
und daß salbige Inzermessung aus dem Rahmen fallen. Klaffend
und in ruhiger Schönheit beginnt das Adagio, in das leider
keine gar zu gewollte Modernität eingestreut; der letzte Satz
mit seinen fünf Teilen zeigt kein Gefüge mehr, phantasiert an-
mutig durch und endet ohne Schluß. Viel Problematisches steht
diesem Quartett, viel Gärung, aber nicht weniger viel
Können und geradliniges Wesen. Wären alle Ecken so durchge-
führt wie sie beginnen, wäre unsere Quartettliteratur reichler ge-
worden. Gespielt wurde vorzüglich. Dem Ehepaar Fremdschloß
gefallen sich ein zweiter Geiger (Thomas) und eine Viola (Erna

im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung

über die Finanzzügler der Deutschnation der Kriegsgefangenen
auf zu harte gekriegt ist. Das deutsche Volk kann die
Haltung der französischen Regierung, die es als eine graue
Örte empfindet, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland
nicht zur Ruhe kommen läßt, wächst ständig, da es sich von Monat
zu Monat in seiner Hoffnung auf die Wiedertehr seiner Söhne
täuscht sieht.

Die deutsche Regierung fürchtet diese Entzündung um so mehr,
als gleichzeitig die innere Befundung des Volkskörpers durch
schwerste wirtschaftliche Krisen in Frage gestellt ist.
Ein Volk, an dessen Körper durch die Zurückhaltung der Kriegs-
gefangenen eine der

schwersten Wunden künstlich offengehalten

wird, vermag nach all dem Schwere, was es erdulden mußte und
noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr diese neue Belastung zu
ertragen. Sie muß unausweichlich zu einer Lähmung der Kraft
führen, deren das Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, son-
dern auch für seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Wiederaufbau
der durch den Krieg zerstörten materiellen und geistigen Werte so
notwendig bedarf. In der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen,
die in ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes
hinausreicht, erlitt die deutsche Regierung eine schwere
Gefahr. Sie hält es für ihre Pflicht, hierauf mit tiefstem Ernst
und feierlich vor aller Welt hinzuweisen.

Die deutsche Regierung muß noch auf folgendes aufmerksam
machen:

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und schon vor
seinem Inkrafttreten hat sich die deutsche Regierung bis an die
Grenzen des Möglichen bemüht, den

schweren Friedensbedingungen zu entsprechen.

Sie hat sich sogar über diese Bedingungen hinaus zu weitgehendem
Entgegenkommen bereit gefunden, nachdem von autorisierter franzö-
sischer Seite ihren Vertretern ausdrücklich versichert worden war,
daß ein solches Entgegenkommen auf die Frage der Heimkehr
der Gefangenen einen günstigen Einfluss
haben werde. Mit vollem Recht glaubt die deutsche Regierung re-
warten zu können, daß die französische Regierung die Kriegsge-
fangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt der
Menschlichkeit aus behandelt werden kann, in einem entgegen-
kommenden Geiste löst und die Kriegsgefangenen der Heimat ohne
weiteren Aufschub wiedergibt.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene be-
reitet folgende Mitteilungen:

Der erste der vier Lazarettzüge, die zur Abholung
unserer Gefangenen aus

Rumänien

bestimmt sind, wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche
abgehen. Die anderen werden in Abständen von fünf bis acht
Tagen folgen. Den Angehörigen ist Gelegenheit geboten, auf die-
sem Wege schriftliche Mitteilungen an die Gefangenen
in Rumänien gelangen zu lassen. Für Briefe sind zwei Umschläge
zu benutzen. Der äußere muß die Aufschrift tragen: An die Militä-
rär-Kranken-Verteilung, Berlin SW. 11, Prinz Albrechtstr. 3, für
Lazarettzug nach Rumänien; der innere Umschlag muß den Namen
und die Adresse des Kriegsgefangenen tragen und darf nicht ver-
schlossen werden.

Bei der hiesigen britischen Militärmission ist aus London ein
Telegramm eingetroffen, welches besagt, daß der englische Dampfer
„Raine“ alle deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen
mit ihren Familien Anfang Dezember aus

Indien

zurückbringen wird.

Die Nachrichten über den Untergang eines Dampfers
mit Gefangenen im Armeekanal sind nicht wahr.

Gegen die Auslieferung der Schwimmböck. Der Senat hat
an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, im Interesse der
Zukunft des Hamburgischen Außen- und Weltverkehrs der Herbe-
rührung der Entente auf Auslieferung der Schwimmböck ufm.
mit allem Nachdruck entgegenzutreten und die Annahme
der Forderung zu verweigern.

Die Folgen eines unabhängigen Schwindels.

Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen in der
Nationalversammlung wurde von dem Redner der Mehrheits-
sozialisten auf einen großen Schwindel hingewiesen, den das
Organ der Königsberger Unabhängigen, die „Freiheit“, durch
Veröffentlichung eines von A bis Z erfundenen Dokumentes
begangen hatte. Es handelte sich um das Protokoll einer
angeblichen Sitzung, die im Juni unter dem Vorsitz Scheide-
manns stattgefunden hätte und in der Bericht über die
Bekämpfung der Geheimakten des Auswär-
tigen Amtes bezüglich des Kriegsausbruches und deren
Erziehung durch neue, gefälschte Akten, erstattet worden
wäre.

Die Reichsregierung schritt sofort gegen diesen unzerant-
wortlichen und lägerischen Unfug ein und die Königsberger
„Freiheit“ wurde wegen Landesverrats angeklagt. Trotzdem
entblüdete sich ein anderes Parteiblatt der U. S. P., das
Frankfurter „Volkrecht“, nicht, dieses Ammenmärchen als
Latzsche nachzudrucken.

Die Folgen dieses freibellischen Spiels sind nicht aus-
geblieben. Das „Geheimdokument“ geht jetzt unter Bezug-
nahme auf das Frankfurter „Volkrecht“ durch die ge-
samte französische Presse. In seiner Nummer vom
4. November druckt es der „Temp“ mit einem Kommentar
ab, wonach dadurch der unumstößliche Beweis (Preuve
présumptive) geliefert worden sei, daß die angeführten
Aktenveröffentlichungen des Auswärtigen Amtes unvollständig
und gefälscht seien. Auch in seinem Leitartikel desselben
Tages beruft sich der „Temp“ auf diese Enthüllung des
„Volkrechts“.

Es ist leider zu befürchten, daß kein Dementi die nun-
mehr im Gange befindliche Legende wird vollends zerstören
können. Damit haben die Unabhängigen wiederum den
grimmigsten deutschen Feinden im Auslande einen unschät-
zbaren Dienst erwiesen. Wenn nun Karl Kautsky, unter
dessen Oberaufsicht die Akten des Auswärtigen Amtes in
dieser Lage veröffentlicht werden, im Auslande in den Ruf
eines Helfershelfers von Fälschern kommt, so verdankt
er dies seinen eigenen Parteifreunden in Königsberg und
Frankfurt a. M.

Die Fremdvölker müssen Ungarn verlassen.

Die Friedenskonferenz ließ Rumänien durch
Vertretung des französischen Gesandten eine Note
zukommen, in der der Abzug der rumänischen
Truppen aus Ungarn verlangt wird. In dem sich der
Oberste Rat auf die vorausgehenden zwei Noten bezieht,
verlangt er den Abzug innerhalb der früher bezinnten Gren-
zen, welche nimmere als definitiv betrachtet werden. In
der Note vom 18. Juni sind die Grenzlinien für Sieben-
bürgen und in der vom 30. Juni diejenigen für das Banat
vorzeichnet. Endlich teilt der Oberste Rat Rumänien mit,
daß er den Abzug der Serben, Kroaten, Slovenen
und Tschecho-Slowaken von allen ungarischen Ge-
bieten verlange. (Havas.)

Zwei tote Minuten. Die britische Behörde ordnete an, der
Adner Straßenverkehr müsse in Erinnerung an den Abbruch
des Waffenstillstandes im Jahre 1918 am 11. November,
11 Uhr vormittags, zwei Minuten lang unterbrochen
werden. Diese Maßnahme steht im Einklang mit einer vom eng-
lischen König erlassenen Anordnung für den englischen Nach-
bereich, des Abschlusses des traurigen Kapitels der Menschheits-
geschichte durch zweiminütigen Stillstand des Betriebslebens zu ge-
denken.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik. Aus Washington ver-
lautet offiziell, daß die Bergleute den Schiedsgerichtsbescheid
Witkows angenommen haben.

Schulz) hinzu, die außergewöhnlich einprägsamen Ton geben und
deren Spiel sich der Pringelge und dem Cello einfüßsam an-
gliedert.

Noch ein anderer Komponist ließ sich hören: Fritz Bissouet.
Ich kenne chorische Arbeiten und kenne wieder von ihm, die auf
ein gut gewachsenes, die Technik beherrschendes Talent weisen.
Die drei Klavierstücke Op. 47 und 39, um die sich Willi Bardas be-
müht, sind contrapunktisch fest gebaut, aber ohne bemerkenswerten
Inhalt, reicher an ausgearbeiteten Floskeln, als an Gedanken
und Gedanken-Zusammenhang. Von den Liedern Op. 72, die
Therese Bardas innerlich gefühlt, aber nicht sehr sauber sang,
gestiel mir nur das 4. und das letzte. Die übrigen lassen vor
allem feinem Calcul nicht die rechte Sangesstimmung auskommen,
aber sie sind mehr aus dem Geist des Klaviers als aus der Mel-
odie-Linie geschöpft. Wie gesagt: ich kenne viel besseres von
Bissouet, und vielleicht ist die Klavier-Sonate Op. 82 sogar ein er-
stklassiges Werk. Dieser Abend überzeugte nicht, zeigte nur wahr-
lich für die Beruflichkeit des fleißig Schaffenden; aber wir wollen
auf ihn achten.

Der Ruch im Ohr hat, darf nicht über andere Geiger urteil-
len. Dennoch: Ethica Krengel ist eine Begabung. Zwar
spielt sie zunächst nur Geige und macht wenig Ruch, aber das
Mechanische ist (bis auf tragische Akkorde) gut fundiert, die jugend-
lichen Finger sind recht trefflicher und Freude am schönen Ton
ist auch da. Zwei Jahre weiteren Studiums, zwei Jahre aus den
Vorfächschulen heraus — und sie wird ihren Bruch (D-Roll)
oder gar Bach anders meistern!

Die Kommunalisierung der Kinos. Die Privattheater wollen
gegen die Verstaatlichung der Theater protestieren — das Kino-
kapital organisiert einen Feldzug gegen die Übernahme der Kinos
in städtischen Betrieb. Der Verein der Kinobildtheaterbesitzer
Groß-Berlins ließ den Zentrumsabgeordneten Weisser in einer Ver-
sammlung am Montag vormittag los, der mit den üblichen Kram-
menten von der „den Gleichmacherei“ arbeitete und wirtschaftlichen
Richtersoll bei einer Verstaatlichung an die Wand malte. Die
Bildungsmaß (womit zurzeit kein Geschäft zu machen ist) will er
aber nicht dem Privatbetriebe verbleiben im Interesse des steter-
kräftigen Mittelstandes. Die Versammlung stimmte natürlich diesen
Zusicherungen zu.

Die Anhänger der Kinoverstaatlichung sollten aus diesem Vor-
gehen der Kinointeressierten lernen und wenigstens in Kulturfragen
— das Kino ist im hervorragenden Sinne eine Kulturfrage, aller-
dings heute mit negativem Vorzeichen — mit gleicher Entschlossen-
heit auf einer Einheitsfront handeln. Um das Kino überhaupt
seinen volkserzieherischen Zwecken zuzuführen und seine Unter-
haltungsaufgaben auf einem kulturellen Niveau zu lösen, ist seine
Verstaatlichung notwendig. Von allen wirtschaftlichen und finan-
ziellen Erwägungen abgesehen, die eine ganz erhebliche Bedeutung
erstrebt werden. Die Möglichkeit einer solchen Umstellung ist längst
erwiesen.

Kino Rabel war die jüdische Sonntagvormittagsveranstaltung
der „Tribüne“ gewidmet. Hefz Stöffinger, der mit einem

langatmigen, methodisch recht hilflos aufgebauten und trocken der-
gelagerten Essay über den Dichter die Ratsrede eröffnete, setzte die
gesamte Weltgeschichte in Bewegung, um in das religiös-ethische Werk
Rabels, das zum größten Teil noch der Veröffentlichung harzt, ein-
zuführen. Vor allem wurde die Dichtung „Der Ton“, als die
„Aberkürst eines neuen Gottesdienstes“, ausführlich erläutert.
Die Erwartung auf das Unverfälschte, das gesprochen werden
sollte, wurde dadurch so hoch gehoben, daß eine Enttäuschung
folgen mußte. Fränze Rosoff, eine ungewöhnlich degane und
technisch hervorragend gerüstete Sprecherin, vergriff sich leider im
Stil, indem sie die religiöse Dialektik des „Tons“, die — nach den
wunigen Proben zu urteilen — viel Tiefes und Schönes enthält,
ethisch gerühmte, sich selbst zu sehr in den Vordergrund schob und
das Dichtwerk mehr verdeckte als offenbarte. Eine Szene „Lilith“
lag ihrer ins Rohlose stürmenden Art besser. John Gottart
quälte sich mit zwei ungelassenen Sätzen „Die beiden Freunde“ ab,
um dann in Stunden aus des Dichters „Heiligem Gelehrten“, die
typische alttestamentliche Unklarheit, gegen Kriegswahnsinn, Schieber und
Widerstand rhetorische Postulatum-Bomben loslassen, mit kultu-
rlicher Sprakunst einen großen Erfolg einzuharmonieren. Die Ver-
anstaltung war wenig geeignet, ein Bild des Dichters zu geben;
man muß seine demnächst erscheinenden Bücher, vor allem den im
Inselverlag vorbereiteten „Ton“ abwarten, um zu einem Urteil zu
gelangen.

Die Reform der Rechtschreibung. Und wird geschrieben: Die
Reinigung, daß man an amtlicher Stelle wenig von der notwendigen
Vereinbarung der Rechtschreibung höre, entspricht nicht den Tat-
sachen. Allerdings ist diese Reform nicht Sache eines einzelstaat-
lichen Kultusministeriums, wie der Verfasser irrtümlich annimmt,
sondern Sache des Reichs.

Auf der Reichsschul-Vorlesung ist am 20. Ok-
tober dem Reichsamt des Innern die schickung Einberufung einer
besonderen Kommission für die Rechtschreibungsreform
übertragen worden und die einzelstaatlichen Kultusministerien
haben ausdrücklich den Wunsch nach einer möglichst radi-
kalen Reform ausgesprochen. Die Reform der Rechtschreibung
marschiert also, und wir dürfen wohl hoffen, daß über Nacht
unser Jugend nicht mehr mit einer sinnlosen Rechtschreibung ar-
qualt wird.

(Der Reichsamt des Innern wird hoffentlich dazu bei-
tragen, daß die Reform der Rechtschreibung möglichst beschleunigt
werde und daß man in der Öffentlichkeit auch davon erfährt.
Die Red.)

Vertragsabende. Red Langer veranstaltet am Sonntag im
Reichsamt einen lustigen Abend. — Ludwig Gerdt spricht Sonntag im
Reichsamt (Berlin) — Sonntag mittag ist Ludwig Gerdt im Deutschen
Vergnügungs- und Musik-Strassenbau. — Mittwoch 8 Uhr spricht im Deutschen
Vergnügungs- und Musik-Strassenbau. — Sonntag mittag ist Ludwig Gerdt im Deutschen
Vergnügungs- und Musik-Strassenbau. — Sonntag mittag ist Ludwig Gerdt im Deutschen
Vergnügungs- und Musik-Strassenbau.

Der sozialwissenschaftliche Verein. Der sozialwissenschaftliche Verein hat ein
Verzeichnis der bei ihm erschienenen Schriften über Volkswirtschaft und
Sozialpolitik herausgegeben, das in alphabetischer Anordnung eine reiche
Literaturzusammenstellung bietet. Es wird auf Verlangen von jeder Buch-
handlung oder vom Verlag kostenfrei zugesandt.

Winke mit dem Revolver.

Schon vor dem Zusammenritt des Untersuchungsausschusses hatte die rechtsstehende Presse versucht, dessen Mitglieder zu diskreditieren. Je katastrophaler nun die Ergebnisse der öffentlichen Verhandlungen des zweiten Untersuchungsausschusses für die früheren Machthaber wurden, desto gemainer wurden in diesen Blättern die Mitglieder des Ausschusses bekämpft, durch deren Fragen die Verbrechen des alten Regimes in ein immer größeres Licht traten.

Wie üblich trug bald diese Hege einen ausgesprochen antimilitarischen Charakter. Sie richtete sich vornehmlich gegen den Berichterstatter des Ausschusses, unseren Genossen Dr. Singer, und gegen den unabhängigen Abgeordneten Dr. Dölar Sohn.

Die Früchte dieser Hege beginnen bereits zu reifen. Genosse Singelmeier wird mit anonymen Schmähs- und Drohbrieffen überschwemmt, die natürlich in den Papierkorb wandern. Wir hatten jedoch Gelegenheit, ein solches Schreiben zu genießen, das mit den Worten begann: „Du schmutziger, stinkender Saujuden...“ und nach andertausend Seiten ähnlicher Tonart schließlich in einem lächelnden Hinweis auf „Deinen Stammesgenossen Haase“ gipfelt.

„In vierzehn Tagen wird Dich dasselbe Schicksal ereilen,“ schloß der Briefschreiber, der als Gotlob Treumann, Geheimrat, Schwäbische Straße 66, 2 Treppen, unterzeichnet war. Das Verzeichnis verzeichnet hier — Poststellen! Worüber wir und natürlich nicht wundern.

Und scheint aber dieses Schreiben eine bessere Verwendung zu verdienen, als die Wanderung in den Müllkasten. Wir würden es seinen geistigen Urhebern, den Berichterstatter der „Tägl. Rundschau“, der „Post“, der „Deutschen Tageszeitung“, der „Deutschen Zeitung“ und allen gleichgesinnten Herrschaften aus diesen „böhmischen“ Kreisen.

Gemeindevahl und Volksabstimmung.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Oberschlesien ist wegen der Volksabstimmung, die allerdings in einiger Zeit stattfinden wird, von Wichtigkeit. Die Wahllisten beweisen, daß die Bevölkerung der Städte in gewaltiger Mehrheit deutsch ist, also auch jedenfalls für Deutschland entscheiden wird, während die Wähler in den Landorten eine polnische Mehrheit aufweisen. Nach dem Friedensbitteln von Versailles ist bei der Volksabstimmung das Ergebnis gemeindevahlweise festzustellen. Jedoch hängt davon allein die Staatszugehörigkeit der Gemeinden nicht ab, sondern es ist das gemeindevahlweise Abstimmungsresultat nur eine der Grundlagen, auf der die Entscheidung der internationalen Kommission beruht. Sie soll außerdem bei der Festlegung der Grenzlinie die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortlichkeiten berücksichtigen.

Wenn also auch die Städte, die in polnischer Umgebung liegen, noch so große Mehrheiten für das Verbleiben bei Deutschland ergeben, so soll die Willensgebung der Bevölkerung zwar berücksichtigt werden, aber gebunden ist die internationalisierte Kommission keineswegs daran. Durch die gemeindevahlweise Festlegung des Ergebnisses wird auch verhindert, daß etwa die großen absoluten Zahlen der städtischen Ergebnisse die polnischen Mehrheiten in den Landorten ausgleichen oder gar überwiegen könnten. Wenn Oberschlesien bei Deutschland bleiben oder wenigstens die künftige Grenzlinie einen Teil davon noch bei Deutschland belassen soll, so muß alles geschehen, damit auch in den Landorten keine Stimme der deutschen Sache verloren geht.

Das Gesamtergebnis.

Das Gesamtergebnis der obereschlesischen Gemeindevahlen (Stadtverordneten) läßt sich dahin zusammenfassen, daß Zentrum und Reichssozialisten große Stimmenverluste zu verzeichnen haben, dagegen die Polen überall mit Stimmenzuwachs rechnen können, besonders in den Landgemeinden. Die Wahlbeteiligung betrug zum Teil 60 Prozent, selten darüber.

In Kattowitz wurden gewählt 16 Polen und 14 Deutsche, in Katowice 33 Deutsche und 8 Polen, in Doucha 39 Deutsche und 15 Polen, in Oleśnica 34 Deutsche und 11 Polen, in Königshütte 31 Deutsche und 20 Polen, in Laurahütte 7 Deutsche und 8 Polen, in Hindenburg dagegen 21 Polen und 15 Deutsche.

Die Not der unteren Beamten.

Im Hauptauschuß der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten schilderte der Vorsitzende, Oberpostkammer Rügler, eingehend die Kollage im unteren Beamtenum, insbesondere in den Kreisen der Unversicherten und der Richtungslosen. Es wurde einstimmig beschlossen, den Regierungen und Parlamenten nachstehende Entschuldigungen zu unterbreiten: Allen Bemühungen der Regierung, eine Senkung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu erreichen, ist trotz Aufwendung erheblicher Mittel für diese Zwecke der Erfolg verfehlt geblieben. Die Gewährung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe hat die Not in den Kreisen der unteren Beamten nicht zu lindern vermocht, da der Betrag teils zur Deckung aller Schuldenverbindlichkeiten hat benutzt werden müssen, teils zur Vorsehung der ständig steigenden Kosten des Lebensunterhalts erforderlich ist. Schon seit Jahren wird den unteren Beamten weder die Dienstkleidung geliefert, noch als Ersatz dafür ein angemessenes Kleidergeld gezahlt. Dadurch wird die wirtschaftliche Kollage sehr verschärft.

Das heutige Einkommen eines unteren Beamten mit einer Dienstadt von 10 und mehr Jahren und vieler Hilfsbeamten beträgt einschließlich sämtlicher Zulagen höchstens 270 bis 335 M. monatlich. Davon kann eine Familie unmöglich auch nur die rationierten Lebensmittel kaufen, geschweige denn völlig unterhalten werden. Auch die Lage der Unversicherten mit teilweise noch niedrigerem Einkommen ist geradezu verzweifelt.

Die Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten verlangt daher eine sofortige angemessene Erhöhung der laufenden Löhne und Gehälter, die es den unversicherten ihren beschwerlichen Dienst weiterverrichtenden unteren Beamten ermöglicht, endlich aus den täglichen Sorgen um den notwendigen Lebensunterhalt herauszukommen, so daß ihre Frauen statt zum Mitverdienen zur Ordnung des Haushalts beitragen können.

Trauerfeier für Haase im Reichstag.

Vom Präsidium der Nationalversammlung wird uns mitgeteilt:

„Die Tatsache, daß Haase auf dem Wege zum Reichstag, um dort eine große Rede zu halten, im direkten Bereich des Reichstagsgebäudes durch ein Attentat den Tod fand, rechtfertigt ausnahmsweise eine Trauerfeier im Plenarsaal des Reichstags, aber nur unter Zuzustimmung der Deputationen.“

Wie wir hören, findet dieser Gedenkakt im Sitzungssaal des Reichstags am Donnerstag vormittag 10 Uhr statt. Wie oben schon gesagt, können nur Deputationen Zutritt erhalten.

Kohlennot und Verkehrsstrife.

Preussische Landesversammlung.

Am Regierungstische Tischchen.
Präsident Heinert eröffnet die Sitzung 12^{1/2} Uhr.
Von einer Remeler Verammlung ist ein Telegramm eingegangen, in dem auf Anlaß des Jahrestages der Revolution der Landesversammlung treuherzige Grüße übermittelt werden und der Wunsch zum Ausdruck kommt, dem Remelande baldigt den Anschluß an Deutschland zu sichern. Das Telegramm wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Danach erledigt das Haus ohne Aussprache eine Vorlage über Unterstellungen der Kriegswahlfabrikationsanlagen der Gemeinden, auf deren schleunige Durchberatung die Regierung dringt. Die Vorlage wird ohne Aussprache an den Gemeindevorstand verwiesen, der sie noch heute beraten wird.

Der Bergetat.

Abg. Rümpf (Z.): Wir verlangen, daß die französische Regierung veranlaßt wird, für die Kohlenlieferungen nach Frankreich deutsche Wagen und Lokomotiven, die ihr ausgetauscht worden sind, zur Verfügung zu stellen. Vom 1. Januar 1920 ab muß für die unterirdischen Vorkommen im Bergbau auf Grund internationaler Vereinbarungen in allen bergbaureichen Ländern der sechsundzwanzigjährige Arbeitsjahrgang durchgeföhrt werden. (Zustimmung.)

Die Privatregale.

finden in unseren Augen Standesvorrechte der reichsumittelbaren Geschlechter, die völlig unzeitgemäß sind und schleunigst beseitigt werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die berechtigten Forderungen der Bergleute in der Kohle-, Ernährungs- und Wohnungskategorie erfüllt werden, wird man den Streikgebern der Sparvereine und Kommunisten das Wasser abgraben und ferner die Bergleute moralisch und körperlich in den Stand setzen, ihr Teil am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu leisten. (Verfall.)

Oberbergbauinspektor Nitzsche: Der Bergarbeiter ist neuerdings wieder zur Pflicht gemacht worden, mit allen Bergarbeiterkreisen Fühlung zu haben, sowohl mit den Betriebsräten als auch mit den Ausschüssen und Organisationen und überhaupt allen in Frage kommenden Stellen. Bei Streitigkeiten werden wir für verständnisvollen Kontakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eintreten und gegebenenfalls selbständig eingreifen. Günstig gelingt es, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Bergarbeitern herzustellen.

Abg. Kibel-Charlottenburg (Dem.): Der Ernst, der aus den niederichmittlerischen Mitteilungen des Ministers Tischchen vom Sonnabend sprach, scheint nicht überall richtig erfasst zu werden.

Die Mängel des Transportwesens.

werden nicht von heute auf morgen dadurch gelöst, daß man in Eisenbahnbetrieben neue Kohlschiffe oder Räte einführt. Der Wagenmangel bestand schon seit vielen Jahren und ist durch den Krieg und die Woffenstillstandsbedingungen nur so tiefsteig gestiegen worden. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß die für die Kohlenverteilung maßgebenden Stellen es in den letzten Tagen unmöglich gemacht haben, die Reservelöhne der Eisenbahnverwaltungen wieder aufzufüllen. Solche Reservelöhnergebnisse dürften doch jetzt nicht mehr vorkommen. Selbst wenn wir der Transportbehörden Herr werden würden, wäre damit die Kohlennot noch nicht beseitigt. Ich erinnere daran, daß der Kohlenkommissar erst jetzt wieder erklärt hat, ohne die Verkehrsperre würde es dahin kommen, daß jeder städtische Haushalt sich mit

einem Bricket pro Tag

begnügen müßte. Wenn das Wirtschaftsleben nun inzwischen noch den Fesseln des Friedensvertrages unterworfen worden ist, so haben wir nicht nach dem Inhalt von Parteiprogrammen, sondern danach zu fragen, was dem deutschen Volke dienlich ist. (Sehr richtig!) Können Sie denn heute selbst in einem sozialisierten Betriebe dem Arbeiter ein besseres Dasein bieten? Auch da wäre die Voraussetzung eine Erhöhung der Produktion; und diese wird durch den Staatsbetrieb doch nicht gewährleistet. Der Betrieb, der der produktivste ist, bietet auch die beste Aussicht, am meisten sozial zu sein. Die Sozialpolitik darf nicht nur eine Politik der Wohlthaten sein, sondern muß ein unerlässlicher Bestandteil einer gesunden Wirtschaftspolitik sein. Redner fordert dann ein Reichsberggesetz. Ist denn der Streik wirklich das Allheilmittel? Wir wollen auf dem Boden des Rechtes schlichten und regeln alle die Fragen in dem Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auch wir werden die Anträge annehmen, die eine bessere Ernährung der Bergarbeiter verlangen, ebenso wünschen wir ein Reichsbergarbeitergesetz.

Abg. Rippel (D. Rat.): Der Friedensvertrag ist im wesentlichen auch ein Ergebnis der sozialdemokratischen Hege. (Große Unruhe links.) Die Sozialdemokratie hat ja geradezu diesen Vertrag den Gegnern präsentiert. (Andauernd große Unruhe links.) Die Bergarbeiter haben zu dem Ruin unseres Wirtschaftslebens in Folge Verheerung durch die äußerste Unke an der Front beitrugen. Es ist sehr auffallend, daß alle sozialdemokratischen Minister, die einst wie Kossel, Salfer und andere, die vorzüglichsten Vertrauensmänner der Arbeiter waren, jetzt von ihnen als Verräter bezeichnet werden.

Minister Defer: Die Kohlennot ist nicht eine Folge der Transportstrife, sondern umgekehrt, das Transportleiden ist auf den Mangel an Kohlen zurückzuführen. In meiner Verwaltung ist der

Arbeitswille zweifellos im Streigen begriffen.

Die Sperre des Personalverkehrs hat es ermöglicht, die Bestellung von Kohlenwagen überall an den Bedarf heranzubringen und zum Teil darüber hinauszuführen. Wenn es uns jetzt nicht gelang, die Halbenbestände abzuladen, dann liegt es nicht an der Eisenbahnverwaltung. Die Staatsbahn kann nichts leisten, wenn sie nicht genügend und gute Kohle erhält. Mindestens 50 Prozent aller Betriebsleistungen führen von dem Zustand der Kohle her. Der Reichskohlenkommissar hat von mir mehr Wagen verlangt, in diesem Falle könnte er mir auch mehr Kohle zur Verfügung

stellen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, wie sollen wir Wagen stellen können, wenn wir keine Kohle haben!

Wenn der Reichskohlenkommissar mir nicht entgegenkommt, schreite ich zur Selbsthilfe, denn wenn die Eisenbahn nicht verkehrt, dann kann das Wirtschaftsleben nicht in die Höhe kommen. (Verfall und Bewegung.)

Danach vertagt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Weiterberatung, Schluß 4^{1/2} Uhr.

Vertagung der Preussischen Landesversammlung. Der stellvertretende Landespräsident hat beschlossen, die Landesversammlung heute, Dienstag, auf 8 Tage zu vertagen, um den Ausschüssen Zeit zur Arbeit zu geben.

Kohlenkommissar gegen Eisenbahnministerium.

Der Kohlenkommissar Geheimrat Stutz hat sich genötigt gesehen, gegen die Pressekampagne die vom Preussischen Eisenbahnministerium gegen ihn in der letzten Zeit eröffnet wurde, Stellung zu nehmen, und hat zu diesem Zwecke einem Vertreter der P. P. R. unter anderem folgende Mitteilungen gemacht:

„Dane auf einzelne eingehen zu wollen, stelle ich fest: Bisher hatte das Preussische Eisenbahnministerium bei Veranschlagung der sonstigen notwendigen Transporte noch nie genug Wagen, um die für die herangekommene Kohle von den Zechen abzuholen. So z. B. waren bereits vor der Verkehrsperre in Westfalen für die Eisenbahn 24 000 Tonnen Kohlen vom Kohlenkommissar zugewiesen, es wurden aber immer nur etwa 22 000 Tonnen abgeholt. Für die Zeit der Verkehrsperre wurde vom Kohlenkommissar die zugewiesene Menge auf 27 000 Tonnen erhöht. In Ober- und Niederschlesien werden die zugewiesenen 15 500 Tonnen auch nicht gänzlich abtransportiert. Für die Zeit der Verkehrsperre ist noch Schiefer die Befreiung ergangen, die Eisenbahn nach Maßgabe der bereitgestellten Transportwagen über diese Zahl hinaus zu beschaffen. Eisenbahnkohle ist Grob- und Feinkohle und kann daher nicht auf Halde gelagert werden, so daß die vorhandenen Haldebestände nur zum allergeringsten Teil aus Eisenbahnkohle bestehen. Die geringen Bestände der Eisenbahnen in Steint und Berlin sind darauf zurückzuführen, daß der Wasserweg nicht entsprechend ausgenutzt wird. Wie sehr das Einvernehmen zwischen dem Preussischen Eisenbahnministerium und dem Kohlenkommissar zu wünschen übrig läßt, beweist die Weidung aus dem Ruhrgebiet, daß jetzt (es ist das vor erste Mal) dort mehr Wagen für den Kohlentransport vorhanden sind, als Kohle im Augenblick verfügbar ist. Auf der anderen Seite aber liegt die Lauffähigkeit über zu geringe Wagenstellung. Es wäre im eminenten Interesse der Allgemeinheit, wenn das Preussische Eisenbahnministerium vor jeder größeren Wagenvermehrung sich mit dem Kohlenkommissar ins Einvernehmen setze, um das Verkehren von Wagen zu vermeiden. Nach dem Verkehrswangengesetz für Eisenbahndienstleistungen darf das Eisenbahnministerium auf den Zechen mit einigen wenigen Ausnahmen fast alle Kohlen für sich mit Verschlag belegen. Diese Verfügung wurde aber bisher nie zu dem Zwecke ausgeübt, um Kohle zu erhalten, da ja Kohle auf den Zechen immer zur Verfügung der Eisenbahn stand, sondern auf Grund ihrer wurden Eisenbahnwagen, die mit Kohle beladen für einen anderen Zweck bestimmt waren, für die Eisenbahn in Anspruch genommen. Auch dieses Verschlagungsrecht war eine Konzeption des Kohlenkommissars an das Eisenbahnministerium. Nur im wichtigsten Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Stellen können wir über die Kohlennot hinwegkommen, durch die insbesondere Süddeutschland schwer betroffen ist. Allein durch den Stillstand der Stuttgarter Elektrizitätswerke sind 80 000 Arbeiter seit drei Wochen zum Hungern gezwungen.“

Wir geben die Stellungnahme des Kohlenkommissars wieder, weil wir auch die Angriffe des Preussischen Eisenbahnministeriums gedruckt haben. Erhebend ist dieser Streit keineswegs, und es ist nur beschämend, wenn zwei staatliche Behörden glauben, ihre Amtswähe vor der breitesten Öffentlichkeit wahren zu müssen. Sachlich ist dazu wenig zu bemerken. Wer den internen Betrieb innerhalb des uns Ungeheurer angeführten Regierungsapparates kannte, weiß, daß es bei jeder Maßnahme unerwartete Wirkungen, bei jedem Streitfall wurde Punkte auf beiden Seiten gibt. Wäre es aber in einem demokratisch regierten Staate und zumal während einer der schwersten Notstandsmassnahmen, der Personenerkehrseinstellung, nicht gescheiter, daß man sich an einen Tisch setzt und ehrlich zusammenarbeitet, anstatt mit unnützem Gezänk die Öffentlichkeit zu beschleigen?

Die Wirkungen der Verkehrsperre.

Nach Mitteilungen aus dem Preussischen Eisenbahnministerium hat sich die Wirkung der Verkehrsperre am glücklichsten an der Ruhr gezeigt. Für Kohle, Holz und Bricket sind dort an den sechs Werktagen der letzten Woche 108 072 Wagen, im wöchentlichen Durchschnitt also 17 679 Wagen gestellt worden, also wertmäßig um 2000 Wagen oder 18,0 Prozent mehr als früher. Gleichzeit sind die Anforderungen an Wagen seitens der Zechen stark zurückgegangen, offenbar eine unmittelbare Wirkung der sehr erhöhten Wagenstandsgelder. Dies beweist zugleich, daß die Zechen bisher über den täglichen Bedarf angefordert hatten und daß der Wagenmangel ziffermäßig überwunden wurde. Vorher der täglichen Förderung ist bereits von der Halde verladen worden.

In Oberschlesien macht sich die Wirkung der Einstellung des Personalverkehrs infolge der Betriebs- und Verkehrsverhältnisse dort erst langsam fühlbar. Auch hier aber ist die Wagenstellung seit der Sperre schon erheblich gesteigert worden. Die Befreiung betrug 14 018 Wagen oder 25,3 Prozent. Die Kartoffelverladung ist durch das Frostwetter nicht unbeeinträchtigt geblieben.

Schleswig und die Valuta.

Der dänische Ministerpräsident Zahle hat in einem Vortrage in Ringsted gesagt, daß den neu zu Dänemark kommenden Menschen ein gewisser Schuß vor den Folgen des Tiefstandes der Mark gegeben werden müsse. Die Finanzkräfte Dänemarks seien aber beschränkt. Von einer Uebnahme der deutschen Mark zum Parikurs könne keine Rede sein.

Kleine politische Nachrichten.

Kein Eingriff in das Betriebsräterrecht. Die Auflösung des Rumpfbundestages der U. S. P. und R. P. durch Verfassung des Oberbefehlshabers hat einige Unternehmer dazu veranlaßt, die bei ihnen in Funktion befindlichen Betriebsräte nicht mehr anzuerkennen. Wie die P. P. R. an zuständiger Stelle erfordern, entspricht das nicht dem Sinn der Verfassung. Es handelt sich lediglich um eine Maßregel gegen Leute, die sich als politische Körperlichkeit entgegen den gesetzlichen Bestimmungen betragen und durch ihre Hege zum politischen Generalstreik eine unmittelbare drohende Gefahr für die Sicherheit und Ordnung wurde. In die wirtschaftliche Funktionen ausübenden Betriebsräte ist bei Erlaß der Verfügung nicht gedacht worden.

Unterlieferung für die deutschen Gefangenen. Für die noch in feindlicher Hand befindlichen Kriegsgefangenen hat die deutsche Regierung neuerdings 20 Millionen Mark zur Beschaffung von warmer Winterbekleidung und zu besserer Verpflegung aufgewandt.

Die Kautschuk-Akten. Heber die bevorstehende Veröffentlichung der von Karl Kautschuk im Auftrage des Auswärtigen Amtes zusammengestellten Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, werden folgende weitere Einzelheiten bekannt. Die Gesamtzahl der in vier Bänden einschließlich des Anhangs aufgenommenen Urkunden beträgt mehr als 100. Besonders wichtig sind die in Fußnoten gegebenen Anmerkungen, deren Zahl sich auf mehrere tausend beläuft. Für diese Aktenpublikation sind auch die Ende September d. J. eingeforderten Berichte der Deutschen Vorkasse in Wien vorvertrieben worden, mit deren Hilfe die Anfertigungen der von Berlin nach Wien gesandten Telegramme festgehalten wurden. Auch einzelne Nachrichten sind die sich zwischen dem Entwurf der Differenzialprogramme in Wien und den im Auswärtigen Amt vorgenommenen Entzifferungen ergeben haben, konnten auf diese Weise veröffentlicht werden. Ferner wurden 33 Berichte, Telegramme und Telefongespräche der Deutschen Gesandtschaft in Berlin in den Anfang zurückgenommen. Auf dem amtlichen Material beruhend, wird gleichzeitig unter dem Titel „Die der Weltöffentlichkeit“, eine Schrift von Kautschuk erscheinen, die eine Darstellung der Vorverträge enthält, die zum Weltkrieg führten.

Um die Jugendpflege.

Der Ausschuss für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege der S. P. D.-Gemeindevertreter Groß-Berlins tagte am 16. Oktober unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Silberstein in Kessels, um zu dem Jugendamt, dessen Aufbau und Einrichtung in Berlin beabsichtigt, Stellung zu nehmen. Diese Angelegenheit ist deswegen von größter Wichtigkeit, weil die einzelnen Gemeinden Groß-Berlins bei einer Vereinfachung nach denselben Entwürfen die Jugendpflege ganz Preußens resp. Deutschlands nach diesem Muster auszugestalten.

Das Berliner Statut für das Jugendamt sieht vier Unterabteilungen vor: das Jugendpflegeamt, das Jugendfürsorgeamt, das Waisenamts und Vormundschaftsamt. Für jedes dieser Ämter soll ein Kuratorium mit einem Direktor an der Spitze geschaffen werden. Abgesehen vom Waisenamts, das sich nur mit der Fürsorge und Erziehung von dauernd armenrechtlich hilfsbedürftigen Kindern beschäftigt, sind in den drei übrigen Ämtern eine Reihe von Aufgaben untergebracht, die in das Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege gehören. So ist dem Jugendpflegeamt die Säuglingsfürsorge, Mutterheime, Säuglingsheime, Kruppen, Kleinkinder- und Schulpflege, Schulbesuch, Schulgesundheitsmaßnahmen zur Versorgung kranklicher Kinder, Landaufenthalt, Ferienkolonien übertragen worden. Dem Jugendfürsorgeamt ist die Beratung und Förderung schwachmühtiger psychopathischer peripartaler Jugendlicher und Kinder überwiesen. Dem Vormundschaftsamt ist die Schwangerenfürsorge, die Sozialfürsorge zugewiesen. Alle diese Dinge sind zweifellos Aufgaben der Hygiene und gehören unter allen Umständen unter das Dezernat des Stadtheilamtes, eventuell in die Hand des Sozialhygienikers. Da man die Absicht hat, je einen Direktor an die Spitze der vier Ämter zu stellen, so wäre es, wenn man selbst die hygienischen Maßnahmen in das Jugendamt hineinnehmen wollte, unbedingt notwendig gewesen, eine Abteilung für gesundheitliche Fragen der Kinder und Jugendlichen als selbständige Abteilung zu schaffen. Wie die Sache jetzt steht, hat man in das Jugendpflegeamt z. B. neben dem oben angeführten rein gesundheitliche Maßnahmen, wie auch jugendpsychologische, sozialpädagogische, zum Teil rein pädagogische Maßnahmen hineingebracht; so z. B. die Wirkung bei der Verfolgung der Schulverweigerer, Jugendheimerrungen, Schulleistungsprüfung, Jugendberater, Jugendbildung und Jugendunterhaltung, Bekämpfung der Schundliteratur, Knabenbandenführerunterricht, gartenbauliche Betätigung, Sport, Turnen, Spielen, Baden, Schwimmen. Der Ausschuss war sich darüber einig, daß es das Zweckmäßigste wäre, alle gesundheitlichen Maßnahmen, gleichgültig, welches Alter sie betreffen, dem Gesundheitsamt zu überweisen, und daß in allen Fragen der Gesundheitspflege der Jugendlichen das Jugendamt mit dem Gesundheitsamt zusammenzuarbeiten hätte. Will man aber, wie es im Berliner Jugendamt geschieht, die Gesundheitspflege in das Gesundheitsamt für Menschen über 18 und unter 18 Jahre teilen, und letztere ins Jugendamt verlegen, so muß unbedingt das Jugendamt eine selbständige sozialhygienische Abteilung erhalten, an deren Spitze der Sozialhygieniker resp. der Leiter des Gesundheitsamtes der Stadtgemeinde zu stehen hat. Die Aufgabe dieses Amtes, das als Unterabteilung des Jugendamtes, eventuell als Jugendgesundheitsamt zu bezeichnen wäre, müßte alle oben angeführten gesundheitlichen Maßnahmen der Säuglings-, Kleinkinder-, Schulpflege- und Jugendfürsorge umfassen, ebenso die gesundheitliche Schwangerenfürsorge, gesundheitliche Aufsicht der Halbwüchsigen und Pflanzstätten. Der Ausschuss war sich darüber einig, daß bei der außerordentlichen Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse, die in Deutschland infolge des Krieges und der Mordkate entstanden sind, infolge der Zunahme der Tuberkulose und anderer Seuchen, infolge des Rückganges der Geburtenziffer, alles darangesetzt werden muß, ein gesundes und kräftiges Geschlecht heranzuziehen und möglichst jeden Menschen am Leben zu erhalten. Es ist klar, daß dieses nur geschehen kann, wenn alle Gesundheitsmaßnahmen von sachgemäßer vorgebildeter Sozialhygienik geleitet werden und nicht, wie es jetzt vielfach zu beobachten ist, in die Hand von Laien gelegt werden, als welche man juristische Verwaltungsbeamte und Pädagogen bezeichnen muß. Dabei soll natürlich, wie es in einem demokratischen Staatswesen nicht anders zu erwarten ist, die Mitwirkung von Laien durchaus nicht zurückgewiesen werden. Die sachgemäße Leitung und der Ausbau dieser wichtigen Institution gehört aber durchaus in die Hand des Sachmannes. Bei der Vorlage über den Aufbau des Jugendamtes in Berlin wird der Arzt nur ein einziges Mal erwähnt, und zwar in einer Anmerkung, die folgenden Inhalt hat: „Zur Bearbeitung der Aufgaben werden dem Deputationsvorsitzenden wissenschaftlich vorgebildete Persönlichkeiten beigeordnet.“

Unter diesen befindet sich auch der Sozialhygieniker des Medizinamtes. Diese Stellung des Hygienikers ist völlig unzureichend. Daß die Gesundheitspflege nicht ohne weiteres mit den anderen Aufgaben des Jugendamtes verknüpft werden darf, hat der Entwurf der alten preussischen Regierung zur Errichtung eines Jugendamtes wohl erkannt. Er hat im § 3 des Gesetzes als Aufgabe des Jugendamtes festgelegt: „Auf einen planmäßigen Aufbau und ein gütliches Zusammenwirken der gesamten Säuglings-, Kleinkinder- und Schulpflege hinzuwirken.“ Damit war gesagt, daß die Gesundheitspflege auch innerhalb des Jugendamtes eine selbständige Stellung gewahrt bleiben soll. Nur auf diese Weise, nicht aber durch Verquickung der verschiedensten Maßnahmen kann der Jugend geholfen werden. Soll also das Berliner Jugendamt den Nutzen bringen, den man von ihm erhofft, so gehört in sein Statut der Sachmann:

„Für die Jugendgesundheitspflege ist eine besondere Abteilung zu schaffen, an deren Spitze der Sozialhygieniker steht.“

Es wurde ferner angeregt, die vom Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in den Gemeinden veranstalteten Ausstellungen zu unterstützen.

Gewerkschaftsbewegung

Das Polizeigefängnis als Obdach für Streikende.

Es ist kein Phantasieprodukt eines ausgemachten Reaktionärs oder Gegenrevolutionärs, daß Streikenden ein Jahr nach der Revolution das Polizeigefängnis als — Aufenthalt angeboten wurde, sondern es ist brutale Wirklichkeit, allerdings gemildert durch den Umstand, daß das Gefängnis nicht als Aufenthaltsort für Strafverurteilung, sondern als — „Obdach“ dienen sollte! — Und das ging so zu:

In Elberfeld stehen die gewerkschaftlichen Angestellten seit dem 24. Oktober in einem Abwehrstreik! Die Unternehmer haben den Streikenden nicht nur gefängnis und ihnen die Papiere zugelegt, sondern gleichzeitig 200 weibliche und jugendliche Angestellte, welche bisher im Hause schliefen, obdachlos gemacht! Alle Bemühungen bei der Behörde, den Obdachlosen insofern Schutz zu gewähren, daß dieselben, solange der Streik dauert, in ihren Schlafstätten zu belassen seien, waren ergebnislos. Die beiden Oberbürgermeister in Elberfeld und Varmen stützten sich auf eine Verordnung, die besagt, daß Streiks ein Grund zur sofortigen Entlassung seien und diese Verordnung auch bei den weiblichen und männlichen Angestellten, welche im Betriebe wohnen, in Frage käme. Sie versprachen, für die Unterkunstmöglichkeit der Obdachlosen Sorge zu tragen und boten sogar an, einen Teil der weiblichen Angestellten in den Zellen des — Polizeigefängnisses unterzubringen, was natürlich abgelehnt wurde!...

Streik der Schilderemacher und Helfer.

Die Schilderemacher, Helfer und Autscher der Firmen, die dem Verein Berliner Schilderfabrikanten angeschlossen sind, befinden sich seit dem 4. November im Streik. Die Amacher und Helfer hatten mit dem Verein Berliner Schilderfabrikanten einen Lohnvertrag abgeschlossen, der am 1. November abgelaufen ist. Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Vertrages haben stattgefunden, aber zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Da die Unternehmer sich weigerten, den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, mußte zur Arbeitsunterbrechung gezwungen werden. Als Forderungen waren gestellt ein Mindesteinstellungslohn von 3 M. für Amacher und 2,50 M. für Helfer, für Autscher 110 M. Wochenlohn. Am Streik sind achtzehn Firmen beteiligt. Bis jetzt haben zehn Firmen die neuen Forderungen bewilligt. Acht Firmen, darunter der Vereinsvorstand der Berliner Schilderfabrikanten, weigern sich hartnäckig, den Vertrag anzuerkennen. Um auch diese zum Nachgeben zu bringen, hat die Streikleitung an die arbeitenden Amacher und Helfer Arbeitsberechtigungsscheine ausgegeben. Die Arbeiterschaft sowie Bevölkerung von Groß-Berlin werden gebeten, diesen Kampf zu unterstützen und bei auszuführenden Arbeiten nach der Arbeitsberechtigungsscheine zu fragen. Ueber die Namen der nichtbewilligten Firmen ist die Streikleitung, Engelauer 14/15, 2 Tr., Telefon Amt Moritzplatz Nr. 4747 und 2882, jederzeit bereit, die erforderlichen Auskünfte zu geben.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Alle Streikenden haben sich heute in den bestimmten Lokalen einzufinden zur Entgegennahme wichtiger Informationen. In folgenden Lokalen finden heute die Abstimmungen statt: Schönha, 10 Uhr, Rosenhal bei Feind. — Firma Bergfeld, 12 Uhr, Gieseler Str. 81. — Gebrüder Kohn, 2 Uhr, im bestimmten Lokal. — Firma Webermann, 4 Uhr im Lokal von Loien. — Firma Kremmer, 12 Uhr, Panlow, Gieseler Str. — Titania, 12 Uhr, Tempelhof, Dorfstr. 30. — Fris Puppe, 2 Uhr, Gröbner, 11. — Albert Kurz, 2 Uhr, Siemensstr. 18. — G. Dirckhorn, 12 Uhr, Rantewitzstr. 66. — G. Lorenz, 12 Uhr, Hochbrauerstr. 2. — Carl Seher, 12 Uhr, Ereptom, Eisenstr. Ede Harzer Str. — Paul Birkow Nachfolger, 2 Uhr, Hellenplatz, Bierstraße. — Emil Stein, 2 Uhr, Alte Jakobstr. 3324. — Imperator-Werke, Wittenau, 3 Uhr, bei Schulz. — Firma Stelzberg, 1 Uhr, Frankfurter Str. 14. — Elektromechanische Industrie, 2 Uhr, Meyer, Adersstr. 133. — Deutsche Messingwerke, Niederschöneweide, 2 Uhr, Lorenz. — Norddeutsche Kählerfabrik, 9 Uhr, Charlottenstr. 7. — Schwarzloppf, Bismarck, 12 Uhr, im bekannten Lokal. — Brandenburg, 1 1/2 Uhr, Tempelhof. — Elektro-Metallurgie, 12 Uhr, im bekannten Lokal. — Deutsche Berg- und Hütten-Gesellschaft, 1/2 7 Uhr, Hohen-Schönhausen, Berliner Str. 83. — Gebrüder Israel, 12 Uhr, Richterspiele, Kottbuserdamm 94. — Ludw. Leide und Typograph, 9 Uhr, Stadttheater Altonaerstr. — Franconia A.-G., 12 Uhr, Maybachstr. 48. — Stöck u. Co., 9 Uhr und 11 Uhr, Mariendorfer, Chausseestr. 288. — Früter u. Rohmann, 2 Uhr, Meyers Hofstraße, Cranienstr. 178. — Jüri u. Co., 10 Uhr, Ablershof, Schultheiß, am Bahnhof. — Raboma, 10 Uhr, Eichhornstraße, am Bahnhof. — Subicatis, 1 Uhr, Café Bellevue. — Fris Berner, 10 Uhr, Marienstraße, Schwarzer Adler. — Schütte u. Deichen, 10 Uhr, Baum-Schulzenstr. 6. — Rißche, 10 Uhr, Krautstr., Ede Langestraße. — Selow, 12 Uhr, Bornimstr. 18.

Zum Metallarbeiterstreik.

G. V. Herz u. Zandlinger. Heute, normittags 9 Uhr, kombinierte Sitzung sämtlicher Vertrauensleute und Ausführenden Mitglieder. Mittwochs von 10—12 Uhr Lesungen unterzeichnen, Donnerstag von 1—4 Uhr holen im Lindenpark, Lichterfelde.

R. H. G. Auszahlung der Christenfeierung Dienstag, Streifen Nr. 1—500 von 12—1/2 Uhr, Nr. 501—1000 von 1/2—3 Uhr, Nr. 1000 bis Rest von 3—5 Uhr.

Drachmann u. Schweiber. Betriebsversammlung am 11. November, 11 Uhr, im Graphischen Vereinshaus.

Zwischen n. Co., Charlottenburg. Dienstag, den 11. November, von 11 bis 3 Uhr: Auszahlung der Streikunterstützung, Nr. 1 bis 325 bei Böhring, Nr. 326 bis 1015 bei Kränwald.

Zentralverband der Angestellten. Nachgruppe 10: Sektion IIa (Pelt) und Haushalten. Mittwochs, den 11. November 1919, abends 7 1/2 Uhr, Betriebsversammlung im Rosenhaller Hof, Rosenhaller Str. 11/12, Stellungnahme zum neuen Tarif.

Arbeiter-Verband. Funktionäre der chemischen Industrie. Versammlung am Dienstag, den 11. November, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engelauer 18.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Alle auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsvertrauensleute, Delegierte zur Generalversammlung und sonstige Funktionäre unseres Verbandes werden zu der am Donnerstag, den 13. November 1919, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Wollschläger, Wollschl. 21, stattfindenden Zusammenkunft freundlichst eingeladen. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

Mitglieder aller Branchen der Sektion II. Am Donnerstag, den 13. November, abends 7 Uhr, Sektionsversammlung in den Andraas-Reliefs, Andraasstr. 21. Tagesordnung: 1. Bericht pro 3. Quartal. 2. Die Wahl des Sektionsleiters. 3. Die geplante Teilung der Sektion II. Zutritt haben nur Mitglieder der Sektion II. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Soziales.

Schweizerische Erwerbslosenfürsorge.

Wie uns aus Basel überbracht wird, legt eine Verordnung des Bundesrats die Höchstunterstützung auf 70 Proz. des normalen Verdienstes fest. Ausländer bleiben von dem Bezug ausgeschlossen, wenn ihr Heimatstaat nicht den Schweizern gleichwertige Unterstützung zusichert. Dieser Beschluß wird am 16. November rechtskräftig.

Gerichtszeitung.

Wieder ein Spartakusprozeß. Vor dem Schwurgericht begann gestern ein Prozeß wegen Aufruhrs mit dem erwährenden Moment der Räuberschar, schweren Hausfriedensbruchs und räuberischer Erpressung gegen 7 Angeklagte: den Arbeiter Karl Berger, den Gärtner Robert Klamin, den Operateur Karl Saloma, den Schlosser Otto Rupper, den Schlosser Fritz Schmidt, den Schuhmacher Jacob Bauer und den Hochbahnkassierer Stanislaus Michael. Es handelt sich um all die Vorgänge, die im Anschluß an die Spartakusunruhen im Januar in der Gegend des Schlesiens Bahnhofs sich abgespielt haben. Die Besetzung des Bahnhofs erfolgte durch eine Spartakustruppe, deren Anführer Berger war. In der Zeit der Besetzung wurden aus dem Schaffneraum Pelze gestohlen, das amtliche Fundbüro erbrochen und beraubt, ein Einbruch in die Glatzabfertigung verübt und der Verkaufstand der Bahnhofsbuchhandlung erbrochen und beraubt, ebenso die Wache der Verpflegungsanstalt und die Rote-Kreuz-Station des bayerischen Frauenvereins. Viele Geschäfte der Umgegend sind von den Spartakisten heimgesucht worden. Den Gipfel der Frechheit bildete aber der räuberische Heberfall auf das Postamt 17 in der Fruchtstraße, bei dem ein Trupp von 25 Mann, aus Wärfeln und Zivilisten bestehend, unter Führung eines Zivilisten gewaltsam in das Postamt eindrangen. Der Zivilist und seine Begleiter hatten den Postdirektor mit vorgeschalteten Revolvern und nachdem sie die Leitungsbahnen der Fernsprechanlage durchschnitten hatten, zur Herausgabe der Postkassen in Höhe von 155 000 M. gezwungen. Daneben lauten noch zahlreiche andere Minderungen und Gewalttaten in der Nähe des Schlesiens Bahnhofs. — Die Angeklagten werden der hervorragenden Anteilnahme an diesen Räuberzügen beschuldigt. Es sind über 80 Zeugen geladen, so daß 14 Tage für die Verhandlung angelegt sind.

Jugendveranstaltungen.

Gruppe Nordosten. Die Veranstaltungen finden jetzt jeden Dienstag und Freitag im Zimmer 14 der Gemeindefolge, Christburger Str. 14, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegbeschädigten usw. Bezirk 4 S. Eden. Versammlung der Hinterbliebenen am Mittwoch, 1/2 8 Uhr, Dresdener Straße 116. Referentin: Frau Schildbauer. „Die Rechte der Kriegshinterbliebenen.“ — Stenographenverein Stolze-Schrey. Nordost-Bezirk. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Gemeindefolge, Kleine Frankfurter Str. 6. Nordbezirk. Redungen jeden Dienstag von 1/2 3—10 Uhr in der 120 Gemeindefolge, Gartenstr. 107a. Anmeldungen beseitigt. Gäste willkommen.

Berlin. In der Redaktion. Text: Alfred Schell, Kessels; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Verlag: Formis-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co. in Berlin. Einzelnr. 2. Hierzu 1 Beilage.

Wir bitten Sie in
Ihrem eigenen Interesse
von Ihrem Buchhändler zu verlangen
Stantin
Roman von Michael Artzbaschew
Geb. M. 18. — geb. M. 12. — (mit 10% Nachk.-Anschlag)
Georg Müller Verlag München

WOTAN
gasgefüllt
Das reinweiße Licht

Groß-Berlin

Erhöhter Ausbau von Frühgemüse.

Die Gütterdirektion der Stadt Berlin beabsichtigt, den holländischen Gemüsebau, insbesondere die Einführung des Anbaus von Frühgemüse in Treibhäusern auf einzelnen Gütterverwaltungen vorzugsweise einzuführen, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, der städtischen Bevölkerung möglichst früh in der Jahreszeit Frühgemüse von den Sorten liefern zu können, die einen längeren Transport nicht gut vertragen. Auch ist dabei beabsichtigt, das Gemüse billiger liefern zu können, als es bei der heutigen schlechten Saluta das Ausland zu liefern vermag.

Die Deputation für die Kanalisationenwerke und Gütter Berlins hat dieser Frage grundsätzlich zugestimmt und es ist zu hoffen, daß der Magistrat diese Angelegenheit unterstützt. Die Gütterdirektion wird auch im nächsten Jahre den Anbau derjenigen Gemüsearten noch weiter ausdehnen, die einen längeren Transport, wie z. B. die Stobhoben nicht vertragen. Auch wird dem Anbau von Frühkartoffeln eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Neueintragung in die Kohlenliste.

Vom 1. April 1920 an dürfen Braunkohlenbrüchlets für Küchen- und Ofenbrand nur an solche Verbraucher abgegeben werden, die in die dann in Kraft tretenden Ofenbrand-Kundenlisten eingetragen sind. Bis zum 1. April dürfen Braunkohlenbrüchlets für Küchen- und Ofenbrand auf Koch-, Ofen- und Sonderkarren nur auf Grund der zurzeit bestehenden Kundenlisten abgegeben werden. Die neuen Kundenlisten liegen bei den Kohlenhändlern vom 15. bis 25. November aus. Die Eintragung erfolgt auf Grund einer granulierten Preisvereinbarung, die sich, wie bisher, aus einer für den Kohlenhändler bestimmten Grundliste und einem für den Verbraucher bestimmten Aufschlag zusammensetzt unter gleichzeitiger Vorlegung der Koch- und Ofenarten. Die Ausgabe der Grundlisten mit den Aufschlägen für die Eintragungen erfolgt durch die Hausbesitzer, die sie den Mietern am Freitag, den 14. und Sonnabend, den 15. November, auszuhändigen haben. Das Nähere ergeben die Anschläge an den Säulen.

Das Schicksal der Einkommensteuer.

Aus Verwaltungskreisen wird uns geschrieben: Zu der Reichsabgabensatzung ist eine Reichseinkommensteuer angedacht worden, aber das Steuergesetz selbst ist noch nicht da! Sämtliche laufenden Vorarbeiten für die nächstjährige Steuerberatung in Stadt und Gemeinden sind dadurch unterbrochen. Am 15. Oktober eines jeden Jahres fand sonst für die Zweck der nächsten Einkommensteuerberatung eine Personenstandsaufnahme statt. In diesem Jahre ist in dieser Hinsicht nichts geschehen. Die selbständige Staats- und Gemeindeeinkommensteuer soll abgeschafft und durch Anteile der Reichseinkommensteuer ersetzt werden. Aber so lange die Reichseinkommensteuer nicht beschlossen ist, hängen auch Staats- und Gemeindeeinkommensteuer in der Luft. Wenn nicht rechtzeitig Vorbereitungen getroffen werden, ist es höchst zweifelhaft, ob eine Veranlagung oder wenigstens eine einigermaßen ordnungsmäßige Veranlagung für das nächste Steuerjahr überhaupt vorgenommen werden kann. Unter allen Umständen sollten daher die üblichen laufenden Vorbereitungsarbeiten für die Einkommensteuer weitergeführt werden.

Ist das möglich?

Zu dieser Notiz in Nr. 541 des „Vorwärts“, die besagte, daß auf dem Anschlag-Gleis der Altköpen, Trebbiner Straße, 9 Waggons Fleisch standen, die nicht untergebracht werden konnten, und von denen einer bereits „gänzlich verfaulen“ sein sollte, wird uns geschrieben:

Sämtliches Fleisch, etwa 9000 Rinderviertel, sind in gutem Zustand in den Kühlkäufen untergebracht. Ein Waggon — enthaltend etwa 200 Stiere! — mußte während des Transportes von Köpenick i. Pr. nach hier wegen Abwärtensbrand unterwegs umgeladen werden, wodurch, da es sich um Gefrierfleisch handelt, das Fleisch äußerlich antaunte und infolge der verhältnismäßig milden Witterung einen etwas unangenehmen Dunst verbreitete. Personen, welche in Fleischtransporten erfahren sind, wissen, daß ein solcher Zustand unbedenklich ist, der unangenehme Geruch infolge des Auftaunens des Fleisches und Salzes nur an der Oberfläche, das Fleisch wird gewaschen und ist dann vollkommen einwandfrei.

So ist es auch in dem vorliegenden Fall. Der fragliche Waggon ist ebenfalls bereits entladen, gewaschen und bei der Untersuchung einwandfrei befunden. Der Vorwurf der Inter-

essenlosigkeit der Seeresverwaltung trifft die Zentralstelle nicht, es darf im Gegenteil darauf hingewiesen werden, daß die Zentralstelle mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, das Fleisch für Berlin zu reiten. Es ist ein Verdienst der Zentralstelle, trotz entgegenstehender Schwierigkeiten das Fleisch nach Berlin überführt zu haben, um daselbst im Notfall der Berliner Bevölkerung zuführen zu können.

Keine Gefährdung des Straßenbahnverkehrs.

Ueber die Gefahren des Schneefalles für den Straßenbahnverkehr teilt die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn mit: Es besteht die Hoffnung, daß der Straßenbahnverkehr in dem bisherigen Umfange wird aufrechterhalten werden können, da der Schneefall im Laufe des heutigen Tages aufgehört hat. Die Gefahr, daß der Straßenbahnverkehr völlig eingestellt werden sollte, besteht allerdings. Die ganze vergangene Nacht hindurch ist mit Schneefällen an der Säuberung des Straßenbahnnetzes gearbeitet worden.

Wie die Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft mitteilt, wird auch der Omnibusverkehr voll aufrechterhalten werden, da die Wagen dreispännig fahren.

Die Stadt Berlin hatte gestern bereits 1000 Arbeitslose als Schneeschipper eingestellt, die einen Stundenlohn von 2,00 M. erhalten. Im Laufe des heutigen Tages sollen noch weitere Schneeschipper eingestellt werden.

Obst- und Gemüsewucher in der Zentralmarkthalle. Die vielfachen Klagen insbesondere aus den Kreisen des Kleinhandels, über den immer mehr um sich greifenden wilden Handel in der Zentralmarkthalle und über die Nichtumkehrung der Höchstpreise seitens der Großhändler haben das Landespostamt veranlaßt, die Verhältnisse in der Zentralmarkthalle einer gründlichen Nachschau zu unterziehen. Dabei wurden zahlreiche Personen festgesetzt, die ohne im Besitz einer Handelsverlaubnis zu sein, mit Gemüse Handel getrieben und sich um keine Preisvorschriften gekümmert haben. Weiterhin konnten viele Großhändler der Ueberziehung des Höchstpreises überführt werden.

Vertrauensleute der Paz.-Insolen. Mittwoch vorm. 10 Uhr: Vollversammlung der Vertrauensleute der Paz.-Insolen in den Sophienhallen, Sophienstraße. 30 100 Kranke haben einen Vertreter. Anwesend sind: ...

Flüchtlingsfürsorge für aus Ostpreußen Vertriebene. Der Reichsverband Ostpreuß. Abteilung Flüchtlingsfürsorge in Berlin, Prinzessinnenpalais, Unter den Linden, Eingang Oberwallstraße 1, ersucht alle aus Ostpreußen Vertriebenen und Abgewanderten, ihm ihre jetzige genaue Adresse und zugleich den früheren Aufenthaltsort mitzuteilen, um ihnen für sie wichtige Mitteilungen zukommen lassen zu können.

Die letzten Schneefälle in Berlin haben im Vorortverkehr auf fast allen Strecken größere Störungen in der Jagfolge verursacht. Die Eisenbahndirektion Berlin teilt mit, daß trotz Vereisung der Arbeitsstellen zum Freihalten der Gleise und Weichen schon das Einfahren der Züge auf den Abstellbahnhöfen gestoppt hat. Die Weichen legten sich schon während des Regens wieder voll Schnee, so daß es vielfach nicht möglich war, die elektrisch betriebenen Weichen zu bewegen und die Signale zu sehen, und daher ein großer Teil der Züge anstehen mußte.

Eindbruch in Schloß Lindstedt bei Potsdam. Rumm ist der Diebstahl in der Gemädegalerie Sanssouci aufgefällt, so haben Einbrecher in der vergangenen Nacht das hinter dem Neuen Palais gelegene Schloß Lindstedt heimgesucht und kostbare Teppiche und Gardinen gestohlen. Auch diese Sachen werden höchstwahrscheinlich nach Berlin gehandelt sein.

Mariendarf. Gemeindevertreterversammlung. Auf Anregung unserer Redaktion wird die Erörterung der Finanzlage von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Es soll den einzelnen Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, die Finanzlage der Gemeinde genau zu prüfen. Für die Wiederherstellung der während des Krieges von den öffentlichen Gebäuden abgenommenen Dachrinnen werden 25000 Mark genehmigt. Der Erhebung eines Zuschlages zur Grunderwerbsteuer in Höhe von 1/3 von 1 vom Hundert des gemeinen Wertes des Grundbesitzes wird zugestimmt. — Um der Finanznot der Gemeinde etwas abzuwehren, wird eine Erhöhung der Abgabe vom Zulassungspreis für die Kennen und Vergünstigungen von 20 auf 50 Proz. vorgenommen. Diese Erhöhung tritt sofort in Kraft. Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, gemeinnützigen Gesellschaften den dadurch erhöhten Betrag als Unterstützung zu gewähren. Die Ausführungen dazu sollen dem Kunst- und Bildungsausschuß übertragen werden. — Daraus erfolgte die

Zustimmung der Vertretung zum Normalgasvertrag mit der Gasgesellschaft. — Der wiederholte Antrag des Kirchenvorstandes der St.-Matthias-Gemeinde auf Erweiterung des Friedhofs wird trotz Befürwortung durch den Gemeindevorsteher abgelehnt. Ein Antrag der Vorortgemeinschaft protestiert dagegen, daß der Eingemeindungsvorwurf von Groß-Berlin den einzelnen Gemeinden nicht zur nochmaligen Kenntnisnahme zugegangen ist. Wegen die Stimmen unserer Genossen wird der Antrag angenommen. — Daraus erfolgte die Wahl einer Kommission für das Wohnungsam, bestehend aus 2 Mitgliedern des Gemeindevorstandes, 4 Gemeindevorsteher und 2 Bürgerdeputierten. Daran schloß sich die Wahl der Beisitzer für das Wohnungsam und die Auswahl der Parvinschätzungskommission. Auf Antrag der Unabhängigen soll das Wohnungsam dem Dergernat des Wohlfahrtsamtes angegliedert werden. Der Gemeindevorsteher sagte eine Prüfung dieser Angelegenheit zu.

Wilmersdorf. Stadtverordnetenversammlung. Die Vorlage über die Kleinhaus-Siedlung ist nun endlich verabschiedet. Es hatte sich eine gemeinnützige Aktiengesellschaft gebildet, die aber die Hilfe der Stadt benötigte, weil es infolge der unglücklichen Witterung der früheren Stadtverwaltung in ganz Wilmersdorf nur teures Hochhausland gibt. Die Stadt muß nun das Siedlungsland für 40 M. pro Quadratmeter kaufen und es mit 14 M. an die Siedlungsgesellschaft weitergeben. Um dauernd die Siedlungsgesellschaft in der Hand zu haben, hatte die sozialdemokratische Fraktion vorgeschlagen, daß die Stadt die Mehrheit des Aktienkapitals (100 000 M.) übernimmt, während für die Beteiligung der Siedler 50 000 M. verbleiben sollen. Es wurde ferner beschlossen, daß die Stadt von den 9 Aufsichtsratsposten 6 erhalten soll und daß die Stadt für die Verpflichtungen der Siedlungsgesellschaft die Bürgschaft übernimmt. — Die Einwohnerwehr hat zum wiederholten Male zu scharfen Auseinandersetzungen Anlaß, weil zu den schon bewilligten vielen Hunderttausenden erneut 217 200 M. für den Bauzug der Einwohnerwehr bewilligt werden sollen. Von sozialdemokratischer Seite wird die Einwohnerwehr nicht oder nur in geringererem Umfang für notwendig gehalten und darauf hingewiesen, daß ein erheblicher Teil des Publikums in der Einwohnerwehr eine politische Organisation in der Hand der heute noch wilhelminischen Offiziere sehe. Die bürgerlichen Parteien bestritten den monarchistischen Charakter der Einwohnerwehr und meinten ihr als Volkstruppe, die fast täglich Einbrecher ertwicke, großen Wert bei. Der Vertrag wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt. — Dem verstorbenen „Joo“ wurden 15 000 M. Beihilfe gewährt. — Angeheilt werden fünf neue Schülerleistungen mit je 2000 M. Jahresgehalt. — Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde beschlossen, in Fällen, wo Hausbesitzer durch Nichtzahlung von Kots den Betrieb der Zentralheizung in Wohnhäusern gefährden, das Mietverhältnis zu erwidern, unter gewissen Umständen die Einfuhr von Kots und die Heizung zu übernehmen bzw. zu veranlassen auf Kosten der säumigen Hausbesitzer. — Um die vier von holländischen Bureaus besetzten Reichsbauern der Wohnungswirtschaft freizumachen und um andererseits die städtische Verwaltung zu zentralisieren und damit zu verbilligen, wird das ehemalige Joachimshöfische Gymnasium als Rathaus bezeichnet. Die Kosten des inneren Ausbaus betragen rund 8 Millionen, welche Summe auch beinahe nötig wäre, wenn diese freizuerwerbenden Wohnhäuser jetzt neu gebaut werden müßten.

Sonderunterstützung für Kriegshinterbliebene. Die vom Reich zur Verfügung gestellten Sonderunterstützungen an Kriegshinterbliebene werden in der Weise verteilt, daß auf Grund besonderer Anträge nach genauer Prüfung eines Anfang Dezember die Auszahlung je nach Bedürftigkeit und Kopfzahl der Familie erfolgt. Entgegennahme der Anträge von 8 bis 2 Uhr im Rathaus, Brandenburgische Str. 2, eine Treppe, Zimmer 23, und zwar für Familien mit Anfangsbuchstaben A—H von 10. bis 12. November, J—Q von 13. bis 15. November und R—Z vom 17. bis 20. November 1919.

Verwilderte Jugend. Die während des Krieges aufgewachsene Jugend zeigt vielfach recht betrübenden Mangel an Justiz. Das macht sich seit längerer Zeit bemerkbar im Wartesaal des städtischen Arbeitsnachweises in Wilmersdorf. Dort wird von halbwildigen Juchsern häufig grober Unfug getrieben. Am vergangenen Mittwoch schlugen sie die Lampen des Saales entzwei. Als der zufällig anwesende Dergernat des Arbeitsnachweises, Stadtrat Leher, ein seit 25 Jahren im Dienst der Arbeiterbewegung stehender Parteigenosse, darobhin Vorhaltungen machte, fielen zwei junge Rotwüchse über ihn her und schlugen ihn unter dem Beifall der übrigen Juchser und ohne von dem ebenfalls anwesenden Vorsitzenden des Arbeitsnachweises daran gehindert zu werden. Der Magistrat wird in seiner nächsten Sitzung wegen des lässlichen Angriffs auf den im

Montrose.

18] Detektivroman von Sven Elvestad.

Der Abbé hörte Abbé Krag's Erklärung mit fast fanatischem Interesse zu, man sah ihm deutlich an, daß sein Gehirn arbeitete, um den Sinn festzuhalten, er starrte den den Detektiv die ganze Zeit da und blinzelte mit den Augen.

Dann zeigte er mit seinem Zeigefinger auf die Brust und sagte: „Ich, ich bin der Abbé Montrose.“

„Daran zweifelt kein Mensch,“ antwortete Krag leichthin. „Uebrigens kann niemand daran zweifeln, der Ihr wahrhaft priesterliches Gesicht, Ihre reinen, edlen Züge sieht, daß Sie von Geburt an für die Wissenschaft und den Priesterstand bestimmt waren.“

„Ist das wirklich mein Freund Krag, dachte Keller, der sich in so banalen Sätzen ausdrückt, wie ein junges Mädchen, das schlechte Romane gelesen hat?“

Der Abbé aber war entzückt von Krag's Worten, und sein Entzücken äußerte sich dadurch, daß er sich langsam erhob, eine posierende Stellung einnahm und seinen Blick schwärmerisch über eine eingebildete Versammlung schweifen ließ. Gleich darauf aber erschlaffte er wieder und fing von neuem an, mit den Augen zu blinzeln, als ob er sich bemühte, eine Vorstellung festzuhalten. Daraus ließ er sich schwerfällig auf den Stuhl fallen und sagte überwältigt: „Tod und Teufel!“

Dann streckte er dem Detektiv seine Hand entgegen, die dieser lange und warm drückte.

„Und sollte jemand,“ sagte Krag, „sich erdreisten, daran zu zweifeln, daß Sie wirklich Abbé Montrose sind — ich meine, daran zweifeln, während Ihr Gleichgewicht gestört ist, so haben Sie sicher Beweise in Händen, daß Sie der aristokratische und vornehme Gelehrte sind, für den Sie sich ausgeben.“

Keller begann jetzt zu verstehen, wo Krag hinvollte. Und er hörte seinem seltsamen Geschwätz mit größerem Interesse zu.

Der Abbé tastete auf seiner Brust nach einem kleinen

Medaillon, das an einer dünnen Goldkette befestigt war, die auf dem schwarzen Tuch lagte.

Er zeigte Krag das Medaillon.

Die Buchstaben A. M. waren eingraviert.

„Armand Montrose,“ flüsterte der Abbé geheimnisvoll, „das bin ich.“

Krag öffnete das Medaillon. Es war leer.

Der Abbé nickte.

„Können Sie sehen, daß es leer ist,“ flüsterte er, als ob diese Tatsache eine wertvolle Aufklärung enthielte. „Aber ich habe noch andere Dinge,“ fügte er hinzu, „ich weiß, wo alles liegt.“

„Wo was liegt?“

Die Antwort des Abbés verriet, daß es gewisse Worte gibt, auf die ein Mensch, der nicht im Besitz seines geistigen Gleichgewichts ist, sich lieber nicht einlassen soll. Er sagte: „Die Kospens.“

Da er aber selbst merkte, daß dieses Wort doch allerhand an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließ, wiederholte er langsam mit Nachdruck auf jedem Wort — als wenn ein Mensch nach einem Eindruck zum ersten Male vorsichtig eine Treppe hinuntergeht.

„Die Korrespondenz.“

„Aha, Sie haben Briefe, darf ich sie sehen?“ sagte Krag und streckte die Hand aus.

Der Abbé erhob sich.

„Nicht hier,“ sagt er, „ich werde sie holen, sie sind auf Nummer 333.“

„Wie er die Nummer aussprach, schienen sie mindestens drei Millionen und mehrere Hunderttausende zu enthalten.“

„Ich werde Sie begleiten,“ sagte Krag.

Da aber machte der Abbé eine abwehrende Bewegung mit der Hand. Das wollte er nicht. Indessen würde er gleich zurückkommen. Das Zimmer läge ja nur drei Türen von hier entfernt, nur drei Türen. Damit verschwand er.

Als die beiden Detektive allein geblieben waren, beugte Krag den Kopf und lachte.

„Glauben Sie, daß er zurückfindet?“ fragte Keller.

Krag lachte in dem offenen Türspalt.

„Ich höre, daß er jetzt in sein Zimmer gegangen ist,“ sagte er, „aber es wird wohl eine Weile dauern, bis er die Briefe gefunden hat.“

„Was meinen Sie damit, daß seine Seele nicht im Gleichgewicht ist,“ fragte Keller. „Nicht dünkt, das ist ein sehr milder Ausr.“

„Biel zu milde,“ antwortete Krag, „er ist ganz einfach betrunken, total betrunken.“

Keller schüttelte bedenklich den Kopf.

„Ein merkwürdiger Abbé,“ sagte er, „ein äußerst festfamer Mann Gottes.“

„Kannnen Sie ihn Abbé?“ fragte Krag und lachte wieder.

„Sollte es vielleicht gar nicht Abbé Montrose gewesen sein!“

„Rein, sicher nicht.“

„Zum Teufel, wer ist es aber dann gewesen?“

„Das werden wir gleich erfahren,“ antwortete Krag und öffnete die Tür ganz. „Er bleibt übrigens lange fort, wir wollen ihn lieber aufsuchen.“

In dem Augenblick, als die beiden Polizeibeamten aus der Tür traten, ging ein Mann auf dem Korridor an ihnen vorbei.

Es war der Mann mit dem Gefängnisgesicht.

Er ging über den Teppich mit jenem eigentümlichen, regelmäßigen, schleichen Gang, der Gefangenen kennzeichnet, die lange im Gefängnis gefesselt haben und deren einzige Bewegung der Spaziergang auf dem Gefängnishof und das Hin- und Hertragen in ihrer engen Zelle gewesen ist.

Der Teppich aber dämpfte seine Schritte und sein plötzliches Erscheinen, sein bleiches Gesicht mit den kalten, in sich gefehrten Augen, machte solch unheimlichen Eindruck, daß Keller ein Huh! nicht unterdrücken konnte.

Das hörte der Mann. Er drehte sich um und sah sie an. Die ungewöhnliche Blässe seines Gesichtes schien die Dimensionen desselben gleichsam zu erweitern, so daß es in dem dunklen Korridor unnatürlich groß erschien. Er sagte aber nichts, sah sie nur an und ging auf dieselbe schleichende Weise weiter, bis er in der Dunkelheit des Korridors verschwand.

Sein Auftauchen hatte nicht allein einen Eindruck von Grauen, sondern auch von Gefahr hinterlassen. Die beiden Polizeibeamten eilten auf Nummer 333 zu und klopfen an. Als keine Antwort erfolgte, rissen sie die Tür auf. Drinnen im Zimmer sah der Abbé tot in seinem Stuhl.

(Fortf. folgt.)

Dienst befindlichen Stadtrat Stellung eines Strafantrages be-
schließen.

Oberschönweide, Gemeindevertretung. Das Ergebnis
der letzten Volkszählung ist: 12 500 männliche, 13 022 weibliche Per-
sonen. Durch die unabhängige Mehrheit wurde die Forderung des
Arbeiterrats beschließen. Kraft ihrer absoluten Mehrheit gelangte
ein weiterer Antrag zur Annahme, der dem Arbeiterrat das Recht
gibt, bis zu drei Personen zu außergewöhnlichen Aufträgen heran-
zuziehen mit ordentlicher Entschädigung. Bei Aenderung des Orts-
rats für die Kuratorien der höheren Schulen beauftragte Gen.
Birbaum (S. P. D.) eine Reihe von Mitgliedern an den örtlichen
Schulen. Der Direktor der höheren Mädchenschule rief vor etwa
drei Wochen sämtliche Schülerinnen zusammen, um ihnen die Wich-
tigkeit der religiösen bzw. religionsgeschichtlichen Unterweisung klar-
zumachen. Gen. Birbaum veranlaßte sich gegen eine derartige
Beeinflussung, die mit den Erläsen des Kultusministeriums und
der Verfassung in direktem Widerspruch steht. Trotz Beschlußes der
Gemeindevertretung kollidierte noch immer der Konfirmandenunter-
richt mit dem Lehrplan der Schule. Dem Ansinnen der Schul-
deputation, die Konfirmanden aus den Schulen zu entfernen, ist noch
immer nicht in vollem Maße nachgekommen. Unser Redner forderte
dringende Aenderung vorhandener Verhältnisse und umgehende Durch-
führung der gefassten Beschlüsse. Angenommen wurde eine Vorlage
sowie Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 2 Millionen Mark
zu Zwecken der Lebensmittelförderung.

Schmiedow, Gemeindevertretung. In der letzten Ge-
meindevertretung wurde die Steuerberechnungskommission gewährt.
Zu der von der Direktion der Eisenbahn nachmalig beantragten Erhöhung der Fahrpreise
wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion beschließen, nur
die in der vorigen Gemeindevertretung festgelegten Sätze zu
bewilligen. Danach erhöhen sich die Fahrpreise von 30 auf 40 Pf.
für die Einzelsahrt, außerdem sollen Fahrkartenbesitzer zu 80 Pf. sowie
Halbtageskarten eingekauft werden. Die Monats-, Wochen- und
Schülerkarten erfahren keine Erhöhung. Ueber den nächsten Punkt
entstand eine erregte Debatte über den von der demokratischen
Fraktion gestellten Antrag betr. Aufhebung des kommunalen
Arbeiterrats. Letzterer setzte sich bisher aus zwei
Bürgerlichen und 8 Arbeiterparteilichen zusammen. Der Demokrat
Benzel hat kein Amt niedergelegt. Fabrikbesitzer Wolfhardt, der
widerholt für Beseitigung des Arbeiterrats plädiert hatte, führte
verschiedene Gründe dafür an, daß der Arbeiterrat keine Existenz-
berechtigung mehr hat. Unser Genosse Schulte gab hierzu die Er-
klärung ab, bevor das von der Regierung in Aussicht gestellte
kommunale und Betriebsrätegesetz keine Gesetzeskraft erlangt hat,
müssen wir den Antrag ablehnen. Ferner wurde dem Arbeiter-
rat für keine höhere Tätigkeit der Dank der Arbeiterpartei zum
Ausdruck gebracht. Nachdem das vorläufige Fortbestehen des Ar-
beiterrats gegen die Stimmen der demokratischen Fraktion zum
Beschluss erhoben wurde, erklärte Herr Wolfhardt, daß sie nun
einige Mitglieder in das Ortsparlament schicken werden.
Der Gemeindevorstand ist bisher nicht paritätisch zusammengesetzt,
weil erst die Wahl der beiden Schöffen erledigt ist. Der von der
früheren Gemeindevertretung gewählte Gemeindevorsteher hat trotz
des Einspruchs unserer Partei bisher nicht zur Wahl gestanden,
weil er seitens der Regierung als Verfassungsgemeindevorsteher ange-
sehen wird, somit hat der Arbeiterrat immer noch ein Einspruchsrecht.

Nowawes, Gemeindevertretung. Bei der letzten Volkszählung
am 8. Oktober hatte die Gemeinde 7881 Haushaltungen mit ins-
gesamt 25 572 Einwohnern. — Nach einem ausführlichen Referat
des Schöffen Schütz über Berechtigung von Mitteln zur Her-
stellung von Mietwohnungen werden 10 000 M. bewilligt. Außerdem
soll versucht werden, auf fünf der Gemeinde gehörenden Bauplänen
Dächer zu errichten. — Zugestimmt wurde einem Antrag der
Arbeiterpartei auf Bewährung eines weiteren Kredits
von einer Million Mark zum Zwecke einer ausreichenden Verfor-
gung mit Lebensmitteln für den bevorstehenden Winter. — Eine
regere Debatte entspann sich über einen Antrag der U.S.P.D. um
Gewährung von Zeit- und Aufwandsgeldern an Gemeindevorsteher
und unbefeheten Schöffen für die Teilnahme an Ausschüß- und
Bienarrichtungen. Beschlossen wurde, dem Gemeindevorsteher für
jede Ausschüß- und Bienarrichtung ein Aufwandsgehalt von 5 M. und
den Schöffen eine Jahrespauschale von 2000 M. zu gewähren.
Nur die Fraktion der Deutschnationalen stimmte dagegen. — Ein
von den Gemeindegewählten eingereichter Lohnsatz wurde gegen
die bürgerlichen Stimmen angenommen. — Dem Gemeindevorsteher
und Lehrern der höheren Lehranstalten und der Fortbildungsschule
soll die Beschäftigungslage nach staatlichen Sätzen unter Anrech-
nung der bereits gezahlten Beträge gewährt werden. — Zur be-
besserten Ausrichtung des Kinderortes der Gemeinde werden 2000
Mark bereitgestellt, ebenfalls 2000 M. zur Beschaffung von Vieh-
dungsstücken für Armenzwecke.

Groß-Berliner Lebensmittel.
Berlin, die Donnerstag in den Realen der 115., 118. und 120.
Teilweise Profikommision des Kopf 123 Gramm Kilo.
Der Magistrat hat anordnet, daß vorerst nur die für die
nächste Woche auf die Abschnitte 47a—g entfallenden 7 Pfd. Kartoffeln
entnommen werden dürfen.
Marientorf. Auf die Abschnitte 96 und 97 der Groß-Berliner
Lebensmittelliste 1 Pfund Runkelrübe (80 Pf.). Die Abschnitte sind bis
spätestens Donnerstag vorzulegen. Warenausgabe Montag, den 17., nachm.
4 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.
Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.
Mitgliederversammlungen
Mittwoch 7 Uhr: 1., 2.—96., 98.—103., 105.—108. 101. laut Inserat in dieser
Nummer.
19. Okt. Morgen abend, 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kähn,
Schneidstr. 63.
H. G. S. Brunnentruhe. Heute, 4 Uhr, bei Krüger, Süssmilchstr.
54, Scherinstrasse: Konferenz sämtlicher Funktionäre, die auf dem
Boden der S. P. D. stehen. Erscheinen unbedingt erforderlich.
Schwarzensee. Morgen abend, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im
„Schwarzener Wald“.
Waldstraße. Morgen in der Realschule Rinkstr. 2/3: Mitglied-
versammlung. Vortrag: „Die Wohnungsnot und deren Abhilfe.“
Vereinsangelegenheiten.
Göhenia. Morgen, 7 1/2 Uhr, gemeinsamer Jahrlabend für alle Bezirke
in der Aula der Adrethalschule.
Freuden. Mittwoch, 1/2 Uhr, Jahrlabend beim Genossen Seemitt
(früher Reilmann).

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis
Wittwoch mittig.** Zeitweise aufklarende, jedoch noch vorwiegend trübe
oder neblig mit niederschlags, weit geringen Niederschlägen. Am Süd-
westen Übergang zu Tauwetter; in den anderen Gegenden noch kalt.

Gewinn-Auszug
der
14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie
6. Klasse 4. Ziehungstag 10. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen,
und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden
Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 5000 M.	138945	178704
60 Gewinne zu 3000 M.	1440	6973 11853 18372 19048 22891
31626	39924 62548 74056 105249 109936 109937 114079 116063 116486	
131436	136600 149987 159752 159756 159759 163996 167977 169089 201490	
302496	309613 315820 317054 330378	
62 Gewinne zu 1000 M.	5426 8708 8740 8785 10099 16104	
33391	43799 44118 49478 57496 57815 62710 63778 65328	
66877	73878 80350 81458 81495 83994 95704 96151 100182 100674	
102607	100749 103820 109613 110437 110040 113459 115472 116326	
139085	131597 133302 137099 143336 144943 150407 151810 152102	
154988	154983 159188 160483 163954 164056 164807 165309 168072	
180073	170534 172192 176974 177390 179432 181457 183413 188 908	
184137	185761 187081 184203 194446 205903 207320 214301 218599	
217078	217050 218084 220406 221545 223455 224455 224545 229505	
229505	231222	
214 Gewinne zu 500 M.	338 1287 3050 4106 6614 10705 14527	
17922	18300 22954 22993 24038 29300 31279 31769 34850 34740 35302	
37557	38236 53054 53600 57011 57675 57663 59002 59662 64201	
68968	69031 67201 70763 72748 72759 75719 78480 77574 80212 88829	
88763	87364 90890 91538 91843 95950 106443 103030 103291 109958	
110754	114169 115037 119198 120795 121453 122193 127703 123397	
124002	128484 131482 137907 140534 141597 141904 145143 147482	
185574	150922 159995 163481 163021 163144 166078 168181 168608	
170442	172356 172628 179666 179933 180508 182919 186239 181175	
190850	194276 193983 199078 199983 201075 201556 203028 203907	
209894	213072 213449 218774 217701 221955 221376 223356 230369	
231432	232872 232864 233837	

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M.	30599
8 Gewinne zu 5000 M.	52822 61583 185348 214531
70 Gewinne zu 3000 M.	7945 9922 11702 14534 22669 23981 33301
37170	72529 80383 91710 104977 107236 111435 116359 118367 119149
119689	120689 126944 128409 146694 161605 173271 183481 189808
197048	198872 202133 205103 214533 218047 219378 224984 227832
180 Gewinne zu 1000 M.	2517 3003 6670 14915 14920 14331 23976
26483	28533 29298 30793 30955 36006 44255 49382 51139 53330 54408
64421	69406 69008 63123 67963 68504 69490 84332 84836 84878 89741
93296	95624 100115 101247 104800 109726 106789 107848 108462 108618
111390	110025 119735 119813 120777 127375 134473 138341 133665
140879	148243 149815 185300 186268 188180 186266 187353 189371
168984	171806 173859 179038 184345 182811 192002 200292 206809
206883	208483 210519 210983 212003 213328 218187 222690 225592
226765	229999 230494 230678 231074
208 Gewinne zu 500 M.	618 1804 1948 2345 2800 6263 6716 7299
11455	12076 14281 10541 21843 23351 23236 25375 27236 28223 30008
26901	32782 38936 36826 37171 39728 39679 40197 41268 45971 41150
50078	55101 55487 59054 59727 59800 60262 63108 64357 65681 68989
73505	73502 79054 79798 79843 86426 90762 91303 93611 94608 95882
95880	96798 97845 98677 106324 100536 102983 110473 112473 113667
122848	126474 129009 129057 131490 130905 137935 137895 140229
146117	148979 151678 152101 155915 156280 160687 162785 168073
189328	173226 173296 174431 177234 179990 193446 193100 198833
199495	199793 202657 203711 204405 207017 212864 215953 220452
221962	223063 224508 229647 231235 231814

Anfiedlung
durch ihre Baugesellschaft in feiner und weicher Barock-
architektur am Schlosspark, glänzende Lage, kein Waldboden, keine
Nähe von Fabriken, nur Eigenheim nach Wunsch, Ge-
ringe Kapitalanlage, evtl. Renteauszahlung.
Anfiedlung, Berlin W 8, Jägerstr. 13.

Siedlungsland!
In fast allen Teilen Mitteldeutschlands sind zum Aufbau
von Wohnstätten und Häusern bestimmte Län-
dereien in größerer Anzahl vorhanden.
Die Größe der Ländereien beträgt ungefähr 20 ar,
die der Wohnstätten schwankt zwischen 7—10 ha.
Die Grundstücke sind buchedeckter oder parkartig,
die Häuser aber verputzt, die Ländereien in bester Lage
aus der Natur zu entspringen.
Ein Beispiel der in den einzelnen Ortshäusern
zur Verfügung stehenden Ländereien wird auf An-
fordern Kaufinteressenten kostenlos durch das unter-
zeichnete Ministerium verabfolgt.
10480
Schwerin, den 6. November 1919.
Mitteldeutschl. - Schweizerisches Ministerium
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
Abteilung Siedlungsamt. Im Auftrag: Kieffel.

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten
in Schwarz, Braun, Blau, Grün, in 8 Tagen fertig
Wenden, Umarbeiten, Umarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffneuerheiten, Stoffausstellung.
Zusätzlich wird jeder Artikel in 6 Tagen gefärbt und in
24 Stunden chemisch gereinigt. Anfertigung und Aufstellung
kostenlos.
Original-Englische Stoff-Auswahl.
Zwischenzeiten in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 88 I.

Zigaretten
Tändiges Lager, von orientalische und ägyptische
Zigaretten von 220,- M. an
Capstans Navy Cut 285,- M.
Goldflake 290,- M.
M. Guttman, Berlin O 27, Alexanderstr. 22.

Meine großen Möbel-Läger
mit Spezialmattens, Herrenzimmer, Schlaf-
zimmer, Eber- u. Eberlin-Garnituren, Bild-
stühle, Truhen, Schränke, Decors, com-
pletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur ge-
billigen anstandslos Verfügung in der Brunnenstraße
Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 186 nahe Valentinerplatz. Wohl bei
Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8—6

**Zähne mit echtem Friedens-
kautschuk von 4 M. an**
Teilzahl. Zahnziehen mit Einspr. fast vollk. schmerzlos.
Goldkronen von 30 M. an. Zähne ohne Gummiplatte.
Umarmung schmerzlos. Gebisse. Reparatur. sof.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55,
Hochbahn Bölowstraße. Tel. Karl. 9764.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltl. Auskunft u. ausführl. Gratis-Broschüre.
Beschreib. sämtlich. Heilverfahren verschlossen Brief
1.50 M.). Sprechstund. v. 1/2—2 mittags, 1/2 bis
9 abends, Sonntags 1/2—11.

Spezial-Behandlung
C. Weissert, Invalidenstr. 147
I. Etage, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken
tätig gewesen.
Kostenlose Untersuchung und Beratung
über sachgemäße Behandlung.
Sprechstunden 10—12 und 4—8, Sonntags 10—12.

Dr. med. Hollaender
Spezialarzt
Aufklärende Broschüre Nr. X.
2,30 M. gegen Nachnahme.
Berlin, Leipziger Str. 108 | täglich 11—1, 5—7 Uhr.
Hamburg, Kolonnenstr. 26 | Sonntags 11—1 Uhr.
Frankfurt a. Main, Bethmannstr. 36.

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.
am Bahnhof. — Trillierung
Friedrichstraße 90. — Trillierung
Friedrichstraße.

Spezialarzt Dr. Grütering
Spezialarzt.
Invalidenstraße 35
Ecke Chausseestraße am
Stettiner Bahnhof.
10—1, 1/2—1/2, Sonnt. 11—12.

Hautjucken
Krätze, besonders Nachts, be-
seitigt schnell und dauernd
auch in veralteten Fällen
Apotheker Dr. Vecker's be-
währtes Mittel, nicht schme-
rend, keine Berufsstörung.
1 Packung meist für eine Per-
son ausreicht. M. 5.50. Dis-
krete Zusend. ohne Angabe
der Firma durch die Apotheke
zum Goldenen Adler, Berlin 206
Alexanderstraße 41, Gegr.
im Jahre 1850. Zweiläger
Apothek-Berlin.

Dr. med. Laabs
Spezialarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.

SPÄTHER
HARMONIUM
BERLIN W. O.
Potsdamerstr.
Säle
für Vereine und Gesellschaften zu Ver-
sammlungen und Jubiläen zu vergeben.
Königstr. 22, Holzmartstr. 72
Teleph. Alexander 424 u. 266.

**Die Folgen der englischen
Hungerblockade**
sind nach den soeben veröffentlichten Berichten
der Medizinischen Abteilung des Preussisch. Ministeriums
für Volkswohlfahrt

die Knochenweiche,
Rachitis, Skrofuloze, Tuber-
kulose, Zahnfäule, Erkrankungen
des Nervensystems und alle Stoffwech-
selkrankheiten. — Die Ursache ist der
Kalkmangel unserer Nahrung.

Allein heilbringend und vorbeugend
ist der Genuß der beiden einzigartigen Calcium-
quellen Deutschlands, der Echerquelle
in Bad Soden und der Spessart-
quelle in Bad Sauerode-Marz.
Näheres durch die
Vereinigten Calciumquellen G. m. b. H.
— BERLIN W 9, Leipziger Platz 3. —
Fragen Sie Ihren Arzt!

Falsch eingetroffen:
Reis :: Kaffee :: Kakao
Schokoladen, diverse Sorten
Schmandeln :: Reisstärke
Marseiller :: Watson :: Sunlight.
Verkaufzeit von 9 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.
F. P. A. Kaufmann, Berlin S 14,
Wallstraße 55 56.

3 öffentliche Waschtage
Mittwoch, den 12., bis Freitag, den 14. Nov.
täglich von 9 Uhr vorm. bis 5 Uhr
abends 5 Uhr und abends 8 Uhr
im **Festsaal d. Restaur. „Zur Blüde“**
Belle-Alliance-Str. 100, 1. Etage (Häufiger Tor),
mit dem allgemein als leistungsfähig anerkannten
Vacuum-Wasch-Apparat
„Das kleine Wunder“.
In 5 Minuten eine warme schaumige Wäsche ohne
Reiben, ohne Bürsten, ohne Reiben, ohne Reiben!
„Das kleine Wunder“ — ein jeder Hausfrau be-
sonnig die einfachste, billigste, die Wäsche auch
ohne Seife, nur mit Seifenpulver sauber zu waschen.
„Das kleine Wunder“ — ein jeder Hausfrau be-
sonnig die einfachste, billigste, die Wäsche auch
ohne Seife, nur mit Seifenpulver sauber zu waschen.
„Das kleine Wunder“ — ein jeder Hausfrau be-
sonnig die einfachste, billigste, die Wäsche auch
ohne Seife, nur mit Seifenpulver sauber zu waschen.
Vacuum-Wasch-Apparat, S. Wilmerdorff I.
Günstigstr. 45, Telephon: Umland 6417.

Stiefelkönig
gegründet 1866,
hat wieder große Auswahl in
eleganten, preiswerten Schuhen!
Friedrichstraße 131c,
zwischen Oranienburger Tor u. Bahnhof Friedrichstr.

Quecksilber
1 Kilo bis
Mark 56.-
**Silbernitrat (Höllens-
stein)**
kauft jedes Quantum zu höchsten Preisen
Metallkontor Alte Jakobstraße 138
Moritzplatz 12858.

Höchste Preise über Tageskurs
zahl für
Platin
Tiegel : Schalen : Brennstifte : Zahntische
Schmuckklassen : Brillantierspizen
Gold
Barren : Münzen : Schmuck : Zahngold : Bruchgold
Silber
Barren : Abfälle : Bestecke : Löffel
nur
Gegr. 1903 **Metallkontor** Gegr. 1903
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 138
Telephon: Moritzplatz 12858
Telegraph-Adresse: Metallkontor Berlin SW 68.
Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.

**Noch haben Sie Gelegenheit,
alte Gebisse**
bei mir (absolut reelle Verrechnung) zu nachherigen
Phantasiepreisen
zu verkaufen. Gedächtnis Platin-Zahn bis 4.-M., diese jedoch
nicht unter 4,10 M. pro Zahn!
Platin-Stift- u. Platin-Zähne bis 75 M. (nach Gewicht).
Platin in jeder Form den heutigen Preis!
Anlauf: Berlin W, Krausenstr. 58-59, (Hofstr.)
Sie auf weiteres täglich 10—4 Uhr. Bogler, Berlin.

Brillanten Juwelen
Berlen
Ballhausstr., Friedrichstr. 155, Hofstr., alle unter dem
Himmel, gegenüb. d. Britzener-Schloß, Str. 1000
Max Ziegenhals
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Zigarren, Zigaretten in gros.
Berlin C, Poststraße 12
Fernsprecher: Zentrum 8790 und 277.

